

LEITFADEN



DER WIENER FREIHEITLICHEN

**POLITIK
MIT HERZ**



LEITFADEN



DER WIENER FREIHEITLICHEN

präsentiert am
37. ordentlichen Landesparteitag
6. April 2024



Impressum:

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien

1010 Wien, Rathausplatz 8/3/9

E-Mail: lgst.wien@fpoe.at

Internet: www.fpoe-wien.at

© 2024 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien
Alle Rechte vorbehalten.

Hinweise zu Bildern: Alle themenbezogenen Bilder sind nur zur Verwendung als fester Teil dieses Leitfadens lizenziert. Eine Weiterverwendung ist nicht lizenziert, ist daher zu unterlassen, und kann ggf. zivilrechtliche Beanstandungen/Forderungen, insbesondere durch uns nach Schadenersatz, nach sich ziehen.

(*) Personendarstellungen erfolgen durch Models nur zu Illustrationszwecken.



Liebe Freunde,

mit Stolz präsentiere ich euch den neuen Leitfaden der Wiener Freiheitlichen, das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit vieler engagierter Mitglieder und Funktionäre. Nahezu 200 kluge Köpfe haben ihre Ideen, Anregungen und Erfahrungen aus der täglichen politischen Arbeit eingebracht – von der Parteibasis bis zum Landtagsklub.

Dieser Leitfaden ist mehr als ein einfaches Dokument – er ist ein dynamischer Wegweiser, der uns bei unserer politischen Arbeit begleiten soll. Flexibel und anpassungsfähig an die aktuellen Entwicklungen in unserer Stadt soll er uns als Fundament der gemeinsamen Überzeugungen und Ziele durch die kommenden Jahre führen und stärken.

Um die für Wien wichtigen Themen sinnvoll anpacken zu können, müssen wir natürlich auch bundespolitische Aspekte berücksichtigen. Daher appellieren wir an die Bundesregierung, endlich aktiv zu werden und angemessen auf die spezifischen Herausforderungen in unserer Stadt zu reagieren.

Unser Leitfaden verdeutlicht einmal mehr, dass nahezu alle Probleme in Wien direkt oder indirekt mit der Zuwanderung verbunden sind – hier ist entschlossenes Handeln gefragt. Unsere Gesellschaft ist nicht auf die Herausforderungen durch die Massen kulturfremder Zuwanderer vorbereitet. Ein Blick in andere europäische Metropolen zeigt, was Wien bevorsteht, wenn wir nicht sofort reagieren.

Wir Wiener Freiheitliche schauen nicht tatenlos zu, sondern präsentieren Lösungen. Wir sind der Garant dafür, dass unser Wien wieder wird, was es war: eine sichere und lebenswerte Stadt! Euer

INHALT

ARBEIT	Ein Einkommen zum Auskommen	7
FRAUEN	Chancen statt Quoten	17
GESUNDHEIT	muss uns etwas wert sein	29
JUGEND	Die Zukunft in Wien sichern	41
KUNST & KULTUR	Dem Erbe Wiens gerecht werden	51
SENIOREN	Anerkennung, Sicherheit und Respekt	63
SICHERHEIT	Wien darf nicht Kabul werden	73
SOZIALES	Mehr Geld für die Wiener	83
UMWELT	Umweltschutz mit Hausverstand	91
VERKEHR	Freiheit auf Wiens Straßen	99
WOHNEN	muss in Wien wieder leistbar werden	109
ZUWANDERUNG	Vom Asylanten-Paradies zur Abschiebe-Hauptstadt	119

**POLITIK
MIT HERZ**

A red heart graphic drawn with a thick, textured brushstroke, positioned to the right of the text 'POLITIK MIT HERZ'.



ARBEIT

EIN EINKOMMEN
ZUM AUSKOMMEN

LEITFADEN

Vor nicht allzu langer Zeit vermochte ein Vater mit seinem Einkommen seine Familie allein zu ernähren. Heutzutage reicht es oft nicht einmal mehr aus, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Statt aber den Menschen mit flexiblen Rahmenbedingungen und mehr Netto vom Brutto die Wahl ihrer Arbeitszeiten selbst zu überlassen, erleben wir eine Scheindiskussion zwischen sozialistischen Utopien und neoliberalen Zwängen.

Die Stadt Wien hat in allen Bereichen die Baby-Boomer-Pensionierungswelle verschlafen. Anstatt jedoch auf vorausschauende Bedarfsplanung und entsprechende Ausbildung und Motivation der Wiener zu setzen, glaubt die Wiener SPÖ einmal mehr daran, das Problem mit noch mehr Zuwanderung lösen zu können.

Mit dem Vormarsch der Künstlichen Intelligenz steht uns in der Stadt eine Umwälzung der gesamten Arbeitswelt bevor. Einmal mehr ist zu befürchten, dass die Stadtregierung auch diesen Zug verpasst und wir vor allem die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen, ohne die potenziellen Vorteile zu nutzen.

Diese FPÖ-Kernforderungen sollen den Wienern flexible Arbeitszeiten und ein Einkommen zum Auskommen bringen:

- » **Rahmenbedingungen für Freiheit und Flexibilität**
- » **„Bedarfsplanung 2050“:
In Berufen ausbilden, die wir brauchen**
- » **Facharbeitermangel endlich im Land lösen**
- » **Motivation durch Schulungen und Perspektiven**
- » **45 Arbeitsjahre sind genug**
- » **Ermöglichen statt verhindern –
Bessere Unterstützung für Wiens Betriebe**
- » **Künstliche Intelligenz (KI) – nützen und schützen**

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FREIHEIT UND FLEXIBILITÄT

Die von SPÖ und ÖVP losgetretene Diskussion über eine drastische Arbeitszeitverkürzung einerseits und den neoliberalen Kampf gegen Teilzeit andererseits findet in einer abgehobenen Bobo-Blase statt – fern jeder Realität.

Die Mehrheit der Österreicher ist leistungswillig und will nicht weniger arbeiten, sondern mehr – bei entsprechend besserer Entlohnung. Teilzeit arbeitet niemand, weil er faul ist, sondern weil er es will oder weil er es muss.

Es obliegt dem Staat, die Rahmenbedingungen für Freiheit und Flexibilität in der Arbeitswelt zu schaffen. Wenn jemand beispielsweise nur 30 Stunden arbeiten kann oder möchte, muss ihm das ermöglicht werden. Gleichzeitig muss aber denen, die mehr arbeiten wollen oder müssen, auch deutlich mehr Netto vom Brutto übrigbleiben.

Ein Modell für Mehr- und Überstunden muss sich an der Realität und den Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern orientieren. Gleichzeitig muss es schwieriger werden, Teilzeit zwangsweise zu verordnen, und es sind diejenigen zu belohnen, die mehr arbeiten müssen oder wollen.

„BEDARFSPLANUNG 2050“: IN BERUFEN AUSBILDEN, DIE WIR BRAUCHEN

Es ist ein vollständiges Versagen auf allen Ebenen, wenn wir unsere Arbeitskräfte nicht mehr im eigenen Land stellen können. Die „Facharbeiterlüge“ als Begründung für die Massenzuwanderung ist damit endgültig aufgedeckt. Die Wiener SPÖ hat die Pensionierungswelle der „Baby-Boomer“ völlig verschlafen und gleichzeitig den gesamten Bildungssektor durch die Förderung einer unkontrollierten Zuwanderung ruiniert.

Jetzt ist es an der Zeit, die Konsequenzen zu ziehen. In einer „Bedarfsplanung 2050“ müssen Mangelberufe und der Bedarf an Fachkräften in kritischen Infrastrukturbereichen und in der Wirtschaft für Wien bis 2050 ermittelt werden. Basierend darauf muss ein Lösungskonzept entwickelt werden, das auf der Ausbildung österreichischer Arbeitskräfte und nicht auf Zuwanderung basiert.

Dafür müssen Lehrpläne an Schulen entrümpelt werden. Die Kinder können am Ende der Schulpflicht zwar gendern, aber nicht lesen, schreiben und rechnen. Mit neu positionierten Schulen muss Wien ein breites Fundament schaffen, um Menschen wieder in die Berufe zu bringen, die wir brauchen. Einer Überakademisierung ist in allen Bereichen eine klare Absage zu erteilen.

FACHARBEITERMANGEL ENDLICH IM LAND LÖSEN

Unser Wirtschaftssystem langfristig von ausländischen Arbeitskräften abhängig machen zu wollen, ist unverantwortlich. Wer das tut, handelt fahrlässig.

Um den Facharbeitermangel zu beenden, bedarf es eines umfassenden Maßnahmenbündels, welches das Problem langfristig und nachhaltig lösen kann, anstatt reflexartig nach weiterer Zuwanderung zu rufen, da damit größtenteils nur unqualifizierte und arbeitsunwillige Menschen zu uns kommen.

Damit wir nicht von anderen Ländern abhängig werden, ist sicherzustellen, dass wir in unserer Stadt schnellstmöglich ein großes Reservoir an gut ausgebildeten und motivierten österreichischen Arbeitnehmern aufbauen.

Wenn es einen dringenden Bedarf in bestimmten Berufen gibt, der derzeit nicht anders gedeckt werden kann, sind Menschen als echte Gastarbeiter zeitlich begrenzt und nach unseren Bedürfnissen und Vorgaben ins Land zu holen. Sobald der Bedarf nicht mehr besteht, kehren sie – vertraglich gesichert – wieder in ihre Heimat zurück.

Es ist höchste Zeit, den Facharbeitermangel durch geeignete Maßnahmen endlich an der Wurzel anzupacken und nachhaltig im Land zu lösen.

MOTIVATION DURCH SCHULUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Unser Arbeitsmarkt steht nicht zuletzt durch den Einsatz künstlicher Intelligenz vor umwälzenden Veränderungen, die auch ein gesellschaftliches Umdenken erfordern. In dieser sich wandelnden Landschaft ist es entscheidend, die Vielfalt und den Wert jedes Berufs anzuerkennen. Es gibt keinen minderwertigen Beruf; jeder Beruf – vom Hilfsarbeiter bis zum Akademiker – kann mit Leidenschaft und Engagement ausgeübt werden und ist wichtig für unsere Gesellschaft.

Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive unter Berücksichtigung langfristiger Konjunkturprognosen und des strukturellen Arbeitsmarktwandels.

Eine Neuausrichtung des AMS mit effizienten Schulungsmaßnahmen, abgestimmt auf den konkreten Bedarf des Arbeitsmarktes, soll die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit senken. Mit einem attraktiven Angebot, das zu den Qualifikationen der Arbeitnehmer passt, und entsprechenden Perspektiven wird man die Menschen auch wieder motivieren, gerne arbeiten zu gehen.

Im öffentlichen Dienst müssen die Gehaltspyramiden überarbeitet werden. Die Bezahlung muss sich an der Position orientieren. Mangelberufe wie beispielsweise Kinderbetreuung oder Pflege werden nicht durch noch mehr Akademisierung, sondern durch eine bessere Bezahlung attraktiv.

45 ARBEITSJAHRE SIND GENUG

Das von der türkis-grünen Bundesregierung beschlossene Ende der „Hacklerregelung“, nach der ASVG-Versicherte und Selbstständige nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Pension gehen konnten, traf besonders jene Wiener, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben.

Wer 45 Jahre gearbeitet hat, muss völlig zu Recht und ohne Abschläge in Pension gehen können.

Auch hat die türkis-grüne Bundesregierung beschlossen, die „geblockte Altersteilzeit“ ab 2024 schrittweise einzustellen. Statt die Menschen mit flexiblen Lösungen länger im Arbeitsprozess zu halten, nehmen die neoliberalen Ideen von ÖVP und Grünen älteren Arbeitnehmern die Optionen.

Wir fordern sowohl die unverzügliche Wiedereinführung der „Hacklerregelung“ als auch das Beibehalten des bewährten Modells der „Altersteilzeit“, um die Wahlfreiheit für die Generation 55+ auch in Zukunft zu garantieren.

ERMÖGLICHEN STATT VERHINDERN – BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR WIENS BETRIEBE

Nach über einhundert Jahren SPÖ-Herrschaft ist der Wirtschaftsstandort Wien alles andere als attraktiv, sind doch Unternehmer seit jeher ein ideologisches Feindbild der Sozialisten. Überbürokratisierung und immense finanzielle Belastungen sind für Wiens Klein- und Mittelständische Unternehmen zu einem Entwicklungshemmnis geworden.

Ohne Vorgaben und Kontrollen geht es klarerweise nicht, aber Betriebe müssen durch eine Verschlankung und Bündelung der Bürokratie entlastet werden. Kontrollorgane der Stadt müssen ihre Aufgabe als unterstützender Dienstleister – als Ermöglicher statt als Verhinderer – verstehen.

Lohnnebenkosten sind in Österreich exorbitant hoch. Vorrangiges Ziel muss es sein, die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zu senken. Das soll Wiens Betriebe wieder wettbewerbsfähig machen und schafft Arbeitsplätze.

Eine Stärkung der regionalen Wirtschaft fördert den Standort Wien, verkürzt die Lieferketten und schont damit die Umwelt.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI) – NÜTZEN UND SCHÜTZEN

Künstliche Intelligenz wird unaufhaltsam die Welt verändern, ob wir das wollen oder nicht. Es wäre fatal, diese Entwicklung zu ignorieren und damit vorwiegend die negativen Auswirkungen zu spüren, ohne die potenziellen Vorteile zu nutzen. Sowohl die Stadt Wien als auch die Bundesregierung laufen Gefahr, den Zug wieder zu verpassen und einmal mehr nur passiv zuzusehen, statt aktiv zu gestalten.

Es ist dringend notwendig, in Wien jetzt langfristige Strategien im Ausbildungsbereich zu entwickeln und Vorausplanungen zu treffen, um die anstehenden Veränderungen in der Arbeitswelt durch Künstliche Intelligenz zu bewältigen und nicht wie bei der vorhersehbaren Pensionierungswelle der „Baby-Boomer“ einmal mehr zu verschlafen.

Dabei ist ein positiver Effekt der KI sicherlich, dass mit ihrer Einführung das Handwerk aber auch die persönlichen Dienstleistungen und Pflegeberufe sehr viel an Stellenwert gewinnen werden, weil diese den persönlichen Einsatz weiterhin brauchen. Gerade die Jugend ist auf diese Chancen hinzuweisen, und die dahingehende Ausbildung – insbesondere die Lehre – ist schnellstmöglich aufzuwerten.



FRAUEN

CHANCEN STATT QUOTEN

Zweifelsohne gibt es noch immer deutliche Benachteiligungen der weiblichen Bevölkerung, die auf die verfehlte Frauenpolitik von Schwarz-Rot-Grün-Pink sowohl im Bund als auch in der Stadt zurückzuführen sind. „Gender-Ideologie“, Frauen-Quoten und das „Binnen-I“ sind dafür aber keine Lösung, sondern Teil einer falsch verstandenen Gleichmacherei, die am realen Leben einer Frau vorbeigeht.

Frauen werden oft ungewollt in eine Teilzeitbeschäftigung gedrängt. Nahezu jede zweite Arbeitnehmerin arbeitet in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, obwohl viele der Betroffenen das eigentlich nicht wollen. Dass ein ÖVP-Kanzler jetzt von einem Vollzeit-Bonus spricht, ist diesen Frauen gegenüber blanker Zynismus.

Kaum ein Tag vergeht, an dem Frauen und Kinder nicht Opfer von Übergriffen auf offener Straße werden. Der von der SPÖ ernannte Polizeipräsident Wiens empfiehlt als Lösung, dass Frauen nachts einfach nicht mehr alleine auf den Straßen ihrer Heimatstadt unterwegs sein sollen.

Anstatt konkrete Maßnahmen zu ergreifen, setzen SPÖ, ÖVP, NEOS und Grüne auf „Frauenquoten“ und „Binnen-I“ und treiben so linke Gesellschaft-Utopien voran, die von der überwältigenden Mehrheit der Österreicher abgelehnt werden.

Diese FPÖ-Kernforderungen sollen Frauen in Wien echte Gleichberechtigung, Wahlfreiheit und Sicherheit bringen:

- » **Selbstbewusste Frauen statt Gender-Ideologie**
- » **Frauen müssen alle Möglichkeiten offenstehen**
- » **Echte Freiheit bei der Wahl der Kinderbetreuung**
- » **Gleicher Lohn für gleiche Leistung, Eltern bevorzugen**
- » **Soziale Sicherheit für Frauen in allen Lebenslagen**
- » **Frauen müssen in Wien immer und überall sicher sein**
- » **Frauen sind kein Freiwild –
Schutz vor „kultureller Bereicherung“**
- » **Schluss mit „Binnen-I“ und Transgender-Utopie**

SELBSTBEWUSSTE FRAUEN STATT GENDER-IDEOLOGIE

Frauen übernehmen und tragen Verantwortung in vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern. Das ist entsprechend anzuerkennen und zu würdigen. Das Bestreben muss sein, die soziale Situation der Frauen zu verbessern, ohne dabei die Biologie außer Kraft setzen zu wollen, indem man versucht, natürliche und geschlechtsspezifische Unterschiede und Charakteristika auf dem Irrweg der „Gender-Ideologie“ zu verändern.

Auch Quotenregelungen oder das „Binnen-I“ tragen in keiner Weise zu einem selbstbewussten, Leistung sowie Qualifikation anerkennenden Frauenbild bei und sind daher abzulehnen. Abstrusen Anschauungen und „Gender-Experimenten“ unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung muss schnellstens eine Abfuhr erteilt werden.

Die unterschiedlichen Lebensabschnitte einer Frau erfordern entsprechende Rahmenbedingungen, die Frauen bei ihrer individuellen Lebensplanung unterstützen. Voraussetzung dafür sind echte Wahlfreiheit und selbstständige Entscheidungsmöglichkeiten der Frau – diese gilt es herzustellen.

FRAUEN MÜSSEN ALLE MÖGLICHKEITEN OFFENSTEHEN

Frauen bekommen immer später das erste Kind, weil sie aufgrund unzureichender Vereinbarkeit von Beruf und Familie oft zuerst studieren und/oder eine Karriere anstreben, um sich erst danach ihrer Rolle als Mutter zu widmen.

Hier müssen dringend Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Frauen alle Möglichkeiten offenlassen. Egal, ob eine Frau zuerst Karriere machen will, ob sie sich ganz der Familie widmen oder ob sie beides unter einen Hut bringen möchte – sie muss bei jeder Entscheidung, Mutter zu werden, bestmöglich unterstützt werden.

Schluss mit Karenzmodellen, die Eltern in Rollen zwingen wollen. Jeder Familie und auch jedem Alleinerziehenden muss die gleiche, voll auf die Pension anrechenbare Karenzzeit von drei Jahren zustehen. Die Familie muss selbst entscheiden können, ob Mutter, Vater oder beide Elternteile abwechselnd zu Hause beim Kind bleiben möchten.

Eine alleinerziehende Mutter leistet, was sich viele nicht vorstellen können. Diese Frauen verdienen besondere finanzielle Unterstützung und Bevorzugung bei der Kinderbetreuung und im Beruf.

ECHE FREIHEIT BEI DER WAHL DER KINDERBETREUUNG

Eltern müssen frei entscheiden können, ob sie ihr Kind selbst betreuen, zu einer Tagesmutter geben, in den Kindergarten, oder eine Betreuung im Umkreis der Familie organisieren. Die Politik hat hier einzig die Rahmenbedingungen für die völlige Wahlfreiheit herzustellen und jede Betreuungsform gleichwertig zu honorieren.

Im normalen Kindergartenbetrieb müssen in erster Linie die verlässliche Betreuung und der Erwerb von Sozialkompetenzen im Vordergrund stehen, und nicht der Spracherwerb. Daher ist es in Wien nötig, für das Erlernen der deutschen Sprache eigene Gruppen mit speziell dafür ausgebildetem Personal einzurichten.

Der Besuch des Kindergartens darf in Wien nur in besonderen Fällen – wie etwa bei festgestellten Defiziten oder Verwahrlosung – verpflichtend sein. Dafür soll ein obligatorisches Screening im Alter von drei Jahren eingeführt werden, um die sprachlichen und sozialen Kompetenzen eines Kindes zu überprüfen. Die Abschaffung des verpflichtenden Kindergartenjahres für alle schafft auch wieder Plätze für Kinder, deren Eltern dringend darauf angewiesen sind.

Kinderbetreuungseinrichtungen in Betrieben sind zu unterstützen.

Die Nachmittagsbetreuung an Schulen und Lernhorten ist auszubauen, wobei auch hier wieder die Wahlfreiheit dem sozialistischen Modell der Ganztagschule vorzuziehen ist.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE LEISTUNG, ELTERN BEVORZUGEN

Jungen Frauen müssen bereits in der Ausbildung Perspektiven aufgezeigt und finanzielle Anreize gesetzt werden, um sie vermehrt für Berufsbilder wie Handwerk und Technik abseits der Niedriglohnberufe zu begeistern.

Oftmals entscheiden sich Mütter auch nach der Karenz bewusst für eine Teilzeitbeschäftigung. Deshalb ist das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen abseits von Niedriglohnberufen zu fördern. Ungewollter Teilzeit muss umfassend entgegengewirkt werden. Frauen müssen so früh wie möglich – beispielsweise automatisch durch die Arbeiterkammer – über die Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf die Höhe ihrer zukünftigen Pensionsbezüge informiert werden.

Der Wiedereinstieg nach einer Erwerbsunterbrechung aufgrund von Karenz, Kinderbetreuung oder anderen familiären Betreuungspflichten, die größtenteils von Frauen geleistet werden, ist bestmöglich zu unterstützen. Spezielle Kurse für Mütter und ein Wiedereinstiegsbonus für Unternehmer sollen eine Rückkehr erleichtern.

Weder Frauen noch Männer sollen aufgrund ihres Geschlechts bevorzugt werden. Aber Eltern leisten mit der Kindererziehung und der Fürsorge für ihre Kinder einen essenziellen Beitrag zum Fortbestand der Gesellschaft. Die Bevorzugung österreichischer Eltern – natürlich bei gleicher Qualifikation – im öffentlichen Dienst der Stadt soll einen wichtigen Beitrag darstellen, diese Leistung zu würdigen.

SOZIALE SICHERHEIT FÜR FRAUEN IN ALLEN LEBENSLAGEN

Frauen sind nach wie vor stärker von Altersarmut betroffen als Männer. Häufig gehen sie einer Teilzeitarbeit nach, um unbezahlte Versorgungsarbeit zuhause zu leisten, die in der Pension bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Damit Frauen im Hinblick auf die Pensionshöhe keine Nachteile erfahren müssen, gilt es, der Kinderbetreuung, der Angehörigenpflege und anderen privaten Versorgungsarbeiten bei der Berechnung der Höhe der Pensionsbezüge einen höheren Stellenwert beizumessen.

Statt Nicht-Staatsbürgern eine Mindestsicherung auszubezahlen, hat die Stadt Wien die Möglichkeit zum Bezug von Mindestpensionen für Österreicher mit 30 Beitragsjahren zu unterstützen und zusätzlich aufzustocken. Das kommt besonders Frauen zugute, die aufgrund von Pflege- oder Kinderbetreuungszeiten weniger Beitragsjahre vorweisen können. Damit wird Frauen die notwendige Wertschätzung für ihre gesellschaftspolitisch wichtigen Leistungen entgegengebracht, und diese werden angemessen „entlohnt“.

Es müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Gleichberechtigung in Partnerschaften zu fördern und den rechtlichen Schutz von Frauen in finanziellen Angelegenheiten zu stärken, um sie insbesondere im Falle einer Trennung besser abzusichern.

FRAUEN MÜSSEN IN WIEN IMMER UND ÜBERALL SICHER SEIN

Mehr als jede dritte Frau ist mittlerweile Opfer von Misshandlungen und muss körperliche, psychische oder sexuelle Gewalt erfahren. Gewalttätigkeit kommt dabei nicht nur von außen – bedauerlicherweise ist innerfamiliäre Gewalt die häufigste Form der Gewaltausübung.

Bei subtilen Drohungen des Partners gegen die Frau muss es eine sofortige Gefahrenbeurteilung geben und die Frau – auch mit den Kindern – sicher untergebracht werden. Derzeit müssen Frauen quasi darauf warten, dass ihnen etwas passiert, denn sonst gibt es oftmals keine Handhabe.

Frauenhäuser müssen endlich entpolitisiert werden.

Es muss ein breites Angebot an kostenlosen Selbstverteidigungskursen für Frauen und Kinder an Wiens Schulen bereitgestellt werden.

Absurde Empfehlungen, Frauen sollen eben nachts nicht mehr allein auf die Straße gehen, weisen wir schärfstens zurück. Von der Stadtregierung ist sicherzustellen, dass sich jede Frau frei und ohne Angst jederzeit und überall in Wien bewegen kann.

Zur Prävention müssen härtere Strafen und eine Null-Toleranz für Sexual- und Gewaltverbrechen besonders an Frauen und Kindern eingeführt werden. Einer ideologisch verklärten Täter-Opfer-Umkehr ist eine klare Absage zu erteilen.

FRAUEN SIND KEIN FREIWILD – SCHUTZ VOR „KULTURELLER BEREICHERUNG“

Der Zuzug Zehntausender junger Männer aus größtenteils muslimischen Ländern bringt das – über Jahrhunderte erkämpfte und heute für uns selbstverständliche – Frauenbild unserer Gesellschaft ins Wanken, manifestiert sich doch eine Nicht-Integration am stärksten im Umgang mit Frauen.

Weder haben sich unsere Frauen anzupassen, noch müssen Mädchen in Wien auf ihren Minirock verzichten, sondern an diese Männer ist eine ganz klare Botschaft zu senden: Wer sich nicht an unsere Regeln hält, der hat hier nichts verloren!

Bei Respektlosigkeiten gegenüber Frauen besonders durch Zuwanderer aus fremden Kulturen darf es null Toleranz geben. Es beginnt vielleicht damit, der Lehrerin nicht die Hand reichen zu wollen... der Schritt hin zu tätlichen Übergriffen ist dann nicht mehr weit.

Hier braucht es konkrete Maßnahmen statt Ankündigungspolitik: Asylstopp, konsequente Abschiebungen, Streichung von Sozialleistungen und eine Strafrechtsreform, um eine Erhöhung der Strafrahmen bei Gewalt gegenüber Frauen und Kindern umzusetzen.

Kopftuch, Burka oder Niqab sind Symbole des politischen Islam und demonstrieren generell die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts. Diese Symbole dürfen im öffentlichen Raum unserer Stadt keinen Platz haben. Wer das nicht respektieren will, soll gehen.

SCHLUSS MIT „BINNEN-I“ UND TRANSGENDER-UTOPIE

Frauen haben sich ihre Rechte hart erkämpft, egal ob das Wahlrecht, das Recht zu studieren oder das Recht auf weitgehend gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Jetzt kommen plötzlich biologische Männer und „fühlen“ sich als Frau, um vielleicht nach einer Quotenregelung eine Stelle zu bekommen, die sie als Mann nicht bekommen hätten, gewinnen Frauensportwettbewerbe, die sie als Mann nicht gewinnen konnten, parken auf Frauenparkplätzen und benutzen Frauenumkleidekabinen in Schwimmbädern? Diese Transgender-Utopie ist eine Pervertierung der Toleranz, führt jede Gleichberechtigung ad absurdum und ist in allen Ausformungen abzulehnen.

Keiner einzigen Frau ist mit dem „Binnen-I“ geholfen. Daher sind jegliche Ausformungen der „Gender-Sprache“ in allen öffentlichen Bereichen ersatzlos zu streichen und es ist umgehend zur sprachlichen Normalität zurückzukehren.

Anstelle der Verunstaltung unserer Sprache müssen die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen und die Beseitigung der noch bestehenden Nachteile, denen Frauen im realen Alltag begegnen, im Vordergrund stehen.

**POLITIK
MIT HERZ**

A red heart graphic drawn with a thick, textured brushstroke, positioned to the right of the text 'POLITIK MIT HERZ'.



GESUNDHEIT

MUSS UNS ETWAS WERT SEIN

Lange Wartezeiten auf Untersuchungs- und Operationstermine, überfüllte Wartezimmer bei niedergelassenen Ärzten und in Ambulanzen, Spitalschließungen und Gangbetten, Ärztemangel und zu wenig Pflegepersonal, ... das alles ist Realität im SPÖ-regierten Wien.

Dabei ist die SPÖ stolz auf das Wachstum der Stadt durch immer mehr Zuwanderung, baut aber im Gesundheitsbereich – wie auch in vielen anderen Bereichen – die Infrastruktur nicht entsprechend aus. Mit dem sozialistischen Kampfbegriff „Zweiklassenmedizin“ versucht die SPÖ, Neid zu schüren und vom eigenen Versagen abzulenken, statt endlich Missstände zu beseitigen und echte Verbesserungen für alle Krankenversicherten umzusetzen.

Die SPÖ stellt seit über 100 Jahren den Wiener Gesundheitsstadtrat und sie stellte ab 1945 ganze 61 Jahre lang die Gesundheitsminister der Zweiten Republik. Heute ist das Wiener Gesundheitssystem nicht einmal für eine größere Grippe- welle, geschweige denn für eine Natur- oder Unfallkatastrophe gerüstet.

Die Gesundheitspolitik der Wiener SPÖ ist lebensgefährlich!

Diese FPÖ-Kernforderungen werden das Wiener Gesundheitssystem zukunftsfit machen und damit Leben retten:

- » **Neue Spitäler statt Schließungen und Gangbetten**
- » **Entlastung der Ambulanzen statt stundenlanger Wartezeiten**
- » **Primärversorgungszentren zur ergänzenden Versorgung**
- » **Ärzte honorieren und motivieren statt sekkieren**
- » **Pflegeberufe attraktivieren und besser entlohnen**
- » **Ausreichende Verfügbarkeit von Medikamenten sicherstellen**
- » **Gesundheitsbildung von Erwachsenen und Kindern**
- » **Qualifikation und Motivation statt Parteibuch**
- » **Asylchaos darf die Versorgung der Wiener nicht gefährden**

NEUE SPITÄLER STATT SCHLIESSUNGEN UND GANGBETTEN

Wiens Spitäler haben ein Einzugsgebiet von drei Millionen Menschen, Tendenz steigend. Trotzdem wurden in den letzten Jahren fünf Spitäler geschlossen und nur eines neu gebaut. Dieses eine Spital, das Krankenhaus Nord, ist ein weiteres Symbol roter Misswirtschaft in Wien. Um die Versorgung der Wiener zu verbessern, sind daher in Wien schnellstmöglich und kosteneffizient zwei neue Spitäler zu errichten.

Spitäler mit einer getrennten Isolierstation auszustatten und in den bestehenden Krankenhäusern die Hygienestandards zu heben, rettet Leben.

Ein Spital ist nicht wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen zu führen, sondern es braucht eine gesunde Balance zwischen lebensrettenden Reserven und wirtschaftlichem Denken. Wien braucht nicht noch höhere Belagszahlen in noch weniger Spitälern, sondern eine vernünftige Zahl an Reservebetten und ausreichend Personal, damit die Patienten nicht bei jeder normalen Grippewelle am Gang liegen müssen und die Großstadt Wien endlich auch für Notfälle gerüstet ist.

Diese Maßnahmen retten mehr Leben, als es die extrem teuren Massentests und andere Coronamaßnahmen der Wiener Stadtregierung gemacht haben.

ENTLASTUNG DER AMBULANZEN STATT STUNDENLANGER WARTEZEITEN

Gerade am Abend und an den Wochenenden gehören überfüllte Spitalsambulanzen zum Standardbild leidgeprüfter Eltern und echter Notfälle. Spezial- und Notfallambulanzen sind eine der teuersten Formen der medizinischen Behandlung und müssen daher entlastet werden.

Jedem Spital muss eine ausreichend große Erstversorgungsambulanz zur allgemein-medizinischen Erstbegutachtung aller Erwachsenen, die ohne Termin ins Spital kommen, vorgelagert sein. Parallel dazu müssen mehr Kassenstellen für niedergelassene Ärzte und Primärversorgungszentren mit erweiterten Öffnungszeiten für eine zusätzliche Entlastung der Spitalsambulanzen sorgen.

Die Notfall- und Unfallambulanzen der Spitäler müssen mit ausreichend erfahrenen Spitzenkräften besetzt werden, um eine schnellstmögliche Versorgung von Notfällen nach internationalen Standards zu gewährleisten.

Besonders Zuwanderern muss vermittelt werden, dass man eine Spitalsambulanz ohne Termin und Zuweisung nur in wirklichen Notfällen aufsucht.

PRIMÄRVERSORGUNGSZENTREN ZUR ERGÄNZENDEN VERSORGUNG

Um die medizinische Versorgung der Wiener zu verbessern, muss jeder Bezirk zumindest ein Primärversorgungszentrum haben – Flächenbezirke dem Bedarf entsprechend mehrere. Die Primärversorgungszentren sollen keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zu niedergelassenen Ärzten sein. Für den Patienten bedeuten Primärversorgungszentren meist kürzere Wege und Wartezeiten bei ausgeweiteten Öffnungszeiten auch abends und am Wochenende.

Primärversorgungszentren und Gruppenpraxen dürfen nicht besser und nicht schlechter gestellt werden als niedergelassene Ärzte. Ideologische und bürokratische Hürden bei Gründung und Betrieb sind aus dem Weg zu räumen. Kassenverträge müssen in allen Fällen eine langfristige Planung erlauben.

Auch will nicht jeder Arzt „Unternehmer“ mit eigener Praxis sein und gerade junge Ärzte fühlen sich oft in Zusammenarbeit mit erfahreneren Kollegen wohler.

Primärversorgungszentren und Gruppenpraxen müssen von Medizinern geführt werden und dürfen nicht zu lediglich auf Gewinn ausgerichteten Gesundheits-GmbHs verkommen.

ÄRZTE HONORIEREN UND MOTIVIEREN STATT SEKKIEREN

Motivierte und gut ausgebildete Ärzte sind für unsere Gesundheit unerlässlich. Daher sind unsere Ärzte von der Stadt Wien in jeder erdenklichen Weise zu unterstützen, anstatt sie auf allen Ebenen der Stadtverwaltung, bis hinauf zum Gesundheitsstadtrat, zu sekkieren.

Die Gehälter und Honorare unserer Ärzte sind auf ein Niveau anzuheben, das eine Abwanderung besonders ins benachbarte Deutschland und in die Schweiz verhindert. Leistung und Weiterbildung müssen überall im Vordergrund stehen. Wien braucht Ärzte mit der richtigen Ausbildung und Motivation und nicht mit dem richtigen Parteibuch.

Die Stadt Wien muss bereits Medizinstudenten eine bestmögliche Unterstützung bieten, und versuchen, diese mit Stipendien zu binden. Die Studien- und Ausbildungsplätze in wichtigen Mangelberufen wie Medizin müssen bedarfsorientiert erweitert werden und müssen österreichischen Studenten vorbehalten sein.

Wien braucht mehr Kassenstellen – besonders in der Kinderheilkunde und Kinderpsychiatrie besteht dringender Handlungsbedarf.

PFLEGEBERUFE ATTRAKTIVIEREN UND BESSER ENTLOHNEN

Qualifizierte und motivierte Mitarbeiter bekommt man, wenn Arbeitsbedingungen und Bezahlung passen. Deshalb muss das Berufsbild in allen Bereichen der Personenpflege dringend modernisiert und attraktiviert werden. Das Image der Pflegeberufe als wichtiger und zukunftssicherer Arbeitsplatz ist in unserer Gesellschaft zu verbessern.

Es braucht in erster Linie eine Ausbildungs-offensive statt ständiges Rufen nach „qualifizierter Zuwanderung“. Daher sind umgehend ausreichend Ausbildungsplätze zu schaffen. Das Ausbildungsmodell muss überarbeitet, Hürden abgebaut und an die schulischen Gegebenheiten und die Lebensrealität der Jugend angepasst werden. Der Überakademisierung ist auch in Pflegeberufen dringend Einhalt zu gebieten.

Da der Pflegeberuf vorwiegend weiblich ist, ist auf die Bedürfnisse von Müttern und Familien besondere Rücksicht zu nehmen.

Wie in allen medizinischen Berufen hat der Dienst am Patienten und nicht am Schreibtisch im Vordergrund zu stehen. In den Hierarchien sind Motivation, Können und Weiterbildung – und nicht das Parteibuch – zu berücksichtigen.

AUSREICHENDE VERFÜGBARKEIT VON MEDIKAMENTEN SICHERSTELLEN

Um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen, muss die Produktion von Schlüsselmedikamenten aus Fernost zurück nach Österreich bzw. Europa geholt werden. Eine überlegte Bevorratung von lebenswichtigen Medikamenten und deren Vorpräparaten soll das Ablaufen teurer Wirkstoffe verhindern, wie wir es noch vom Beispiel „Tamiflu“ kennen.

Die Medikamentations-Analyse ist in Wien in Zusammenarbeit von Apothekern und Ärzten massiv auszubauen und für die Patienten zum Preis einer Rezeptgebühr anzubieten. Das spart dem Gesundheitssystem enorme Kosten und bewahrt Patienten vor Doppelmedikation und unerwünschten Wechselwirkungen.

Der Verkauf von Medikamenten muss Apotheken vorbehalten sein, hat sich doch das Zusammenspiel zwischen Arzt und Apothekern seit Jahrhunderten bewährt. Rein auf Gewinn ausgerichtete „Health Stores“, in denen Handelsangestellte Medikamente verkaufen, ist eine Absage zu erteilen. Die Pharmaindustrie ist Lieferant und kein Patientenbetreuer.

GESUNDHEITSBILDUNG VON ERWACHSENEN UND KINDERN

Oft können harmlose Wehwehchen wie eine Verkühlung oder kleine Wunden mit Hausmitteln leicht selbst behandelt werden; andererseits kann man mit einem gesundheitlichen Grundwissen auch besser entscheiden, wann es wichtig ist, rasch einen Arzt aufzusuchen.

Daher soll in Wien eine Gesundheitsbildung mit Hausverstand gefördert werden, die bereits an den Schulen beginnt. Nicht immer ist sofort der Besuch beim Arzt oder die Gabe von Medikamenten notwendig. Dazu sind seitens der Stadt Kurse, Unterricht und Aufklärungsmaterial anzubieten.

Besonders Zuwanderern ist in diesem Zusammenhang auch unser Gesundheitssystem zu erklären, damit diese nicht – wie sie es vielleicht von zuhause gewöhnt sind – mit jeder Kleinigkeit die Spitalsambulanzen aufsuchen.

Die Gesundheitsbildung breiter Bevölkerungsschichten entlastet das Gesundheitssystem und rettet Leben.

QUALIFIKATION UND MOTIVATION STATT PARTEIBUCH

Im Wiener Gesundheitssystem steckt sehr viel Geld. Deshalb gibt es massive wirtschaftliche Interessen und Gruppen, die dieses System nicht ändern wollen. Hier aber geht es um unser Steuergeld und unsere Gesundheit; daher ist eine Reform dringend angesagt.

An der Spitze steht die Entflechtung der finanziellen Ströme und die Besetzung der leitenden Positionen im Gesundheitswesen der Stadt mit Personal, das langjährige praktische Erfahrung in medizinischen Berufen und damit die richtige Qualifikation statt nur das richtige Parteibuch hat.

Bürokratie für medizinisches Personal ist zu reduzieren, unnötige Dokumentationen sind ersatzlos zu streichen. Ein Dokumentationsassistent soll das medizinische Personal entlasten, sodass sich Ärzte und Pflegepersonal auf die Arbeit mit den Patienten konzentrieren können.

Qualifikation, Weiterbildung und Motivation müssen in allen medizinischen Berufen besonders berücksichtigt und honoriert werden.

ASYLCHAOS DARF DIE VERSORGUNG DER WIENER NICHT GEFÄHRDEN

Es ist schnellstens die medizinische Infrastruktur zu schaffen, um das von der SPÖ verursachte Asylchaos in Wien „behandeln“ zu können, ohne die medizinische Versorgung der Österreicher in der Stadt zu gefährden.

Die medizinische Versorgung ist neben dem Wohnen eine der teuersten Sozialleistungen. Gegen „Sozialtouristen“, die aus dem Ausland nach Wien kommen, um unsere medizinischen Leistungen in Anspruch zu nehmen, ist mit voller Härte vorzugehen.



JUGEND

DIE ZUKUNFT IN WIEN SICHERN

Bei einem Viertel der Wiener Volksschüler reichen die Deutschkenntnisse nicht aus, um dem Unterricht folgen zu können, obwohl 80 Prozent von ihnen mindestens zwei Jahre lang den Kindergarten besucht haben. Unter den Wiener Mittelschülern sprechen 77 Prozent im Alltag nicht Deutsch. In Margareten liegt dieser Anteil bei 96 Prozent, in Ottakring bei 93 Prozent und in Hernals bei 92 Prozent.

Mit jedem Schuljahr nehmen die Konflikte mit religiösem, kulturellem und gesellschaftlichem Hintergrund zu. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich zunehmend Schülern gegenüber, die das Wort Respekt noch nie gehört haben.

Im Schuljahr 2022/2023 wurden in Wien mit gesamt 814 Fällen fast doppelt so viele Schüler suspendiert wie noch im Jahr davor. Es gab 528 Anzeigen.

Der Ruf der Wiener Mittel- und Berufsschulen ist so schlecht, dass Eltern ihre Kinder bevorzugt auf eine höhere Schule schicken. Dadurch landen oft nur die Kinder in den Berufsschulen, die in anderen Bildungseinrichtungen nicht mithalten könnten. Dies verschärft den Fachkräftemangel, was für die SPÖ wiederum als Argument für noch mehr Zuwanderung herhalten muss.

Statt aber auf die Zukunft unserer Wiener Jugend zu setzen, glaubt Rot-Grün-Pink, die durch unkontrollierte Zuwanderung entstandenen Probleme durch noch mehr illegale Zuwanderung lösen zu können – und schüttet damit aber nur noch mehr Öl ins Feuer.

Diese FPÖ-Kernforderungen sollen die Zukunft von Wiens Jugend sichern:

- » **Wer nicht Deutsch kann, darf nicht in die Schule gehen**
- » **Moderne Lehrpläne mit mehr Berufsorientierung**
- » **Gewalt darf an Wiens Schulen keinen Platz haben**
- » **Lehrlingsoffensive für eine erfolgreiche Zukunft**
- » **Junge Wiener beim Start in die Eigenständigkeit unterstützen**
- » **Sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Wiens Jugend**

WER NICHT DEUTSCH KANN, DARF NICHT IN DIE SCHULE GEHEN

Besonders seit den Asylchaosjahren 2015/16 muss man das Wiener Schulsystem bereits als gekippt ansehen. An vielen Schulen Wiens kann man sich nicht mehr wichtigen Aufgaben, wie beispielsweise der Begabtenförderung, widmen. An Wiens Pflichtschulen geht es überhaupt darum, wieder einen geregelten Unterricht zu ermöglichen.

Als erster Schritt haben Kinder mit vorübergehendem Aufenthaltsanspruch grundsätzlich nicht in Regelklassen „integriert“ zu werden, da ihnen nur Schutz auf Zeit gewährt wird. Diese Kinder sind bestmöglich auf ein erfolgreiches Leben in ihren Herkunftsländern vorzubereiten.

Wer nicht Deutsch kann, darf an Wiens Schulen nicht einfach in den Regelunterricht gesteckt werden. Hier braucht es eigene Kindergartengruppen und Vorbereitungsklassen mit dafür ausgebildetem Personal. Mangelnde Deutschkenntnisse Einzelner dürfen nicht dazu führen, dass ganze Gruppen oder Klassen nicht mehr funktionieren und daher kein Unterricht mehr möglich ist.

Aus Personalmangel werden an Wiens Kindergärten auch die Anforderungen an die Sprachkompetenz des Personals gesenkt. Das Personal in Wiens Kindergärten muss über ausreichend Sprachkenntnisse verfügen, damit die Kinder die deutsche Sprache erlernen können.

MODERNE LEHRPLÄNE MIT MEHR BERUFSORIENTIERUNG

Die Lehrpläne an Wiens Schulen müssen den sich ändernden Realitäten angepasst werden. Moderne Lehrpläne haben noch stärker die Vermittlung digitaler Kompetenzen, praktischer Fähigkeiten und wirtschaftlicher Grundkenntnisse zu umfassen, um Jugendliche bestmöglich auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten. Jegliche Form des Genderns ist aus allen Wiener Bildungseinrichtungen zu verbannen.

Nachmittags muss ein Lernen auch ohne Mobiltelefon möglich sein, um Ablenkungen durch Spiele, soziale Medien und andere Aktivitäten zu vermeiden.

Ab der siebenten Schulstufe muss der Berufsorientierung ein erhöhter Stellenwert eingeräumt werden, um Jugendlichen eine realistische Perspektive für ihre Zukunft zu bieten. Ein 14-Jähriger hat verständlicherweise oft keine Vorstellung, welchen Beruf er den Rest seines Lebens ausüben möchte oder welche Berufe es überhaupt gibt. Wichtig ist auch, Jugendlichen nicht nur eine Momentaufnahme, sondern eine realistische Jobaussicht für die nächsten 20, 30 oder 40 Jahre zu vermitteln.

Ausbildung darf keine Einbahnstraße sein. Ein Wechsel zwischen den Ausbildungssystemen muss jederzeit und einfach möglich sein, damit die Jugendlichen keine Zeit verlieren oder ein Leben lang in ihrem Beruf unglücklich sind. Jede Form der Weiterbildung von Jugendlichen muss durch Beratung und finanzielle Unterstützung gefördert werden.

GEWALT DARF AN WIENS SCHULEN KEINEN PLATZ HABEN

Lehrkräfte müssen bereits in ihrer Ausbildung oder durch Fortbildungen lernen, wie sie mit respektlosem, aggressivem Benehmen und mit verhaltensauffälligen Schülern umgehen sollen, um potenzielle Probleme eigenständig zu lösen. Dafür benötigen sie auch angemessene Befugnisse und Rückhalt von Schulleitung und Bildungsdirektion.

Die Stadt muss der Gewalt an Schulen mit Fachkräften und Programmen entgegenwirken. „Eltern haften für ihre Kinder“ muss auch an Wiens Schulen gelten. Daher sind die Eltern von Problemschülern in die Lösung miteinzu beziehen. Bei Verweigerung der Mitarbeit muss es Sanktionsmöglichkeiten wie die Streichung von Sozialleistungen und Abschiebung geben.

Die räumlich abgesonderte Betreuung von Problemschülern muss eine weitere Möglichkeit sein, den ordentlichen Unterricht an Wiens Schulen aufrechtzuerhalten. Aggressiven Bildungsverweigerern muss man klar machen, dass sie entweder Arbeiten verrichten müssen, für die es keine Bildung braucht, oder sie landen einmal im Sozialsystem. Es darf nicht sein, dass ihr Verhalten den Regelunterricht verhindert.

Für oder in Notsituationen sind klare Regeln für permanente Wegweisungen von aggressiven und verhaltensauffälligen Schülern und auch die Einrichtung von „Auszeit-Gruppen“ oder „Boot-Camps“ ist vorzusehen.

LEHRLINGSOFFENSIVE FÜR EINE ERFOLGREICHE ZUKUNFT

In Wien herrscht ein Fachkräftemangel. Obwohl viele Jugendliche Interesse hätten, einen Lehrberuf zu ergreifen, entscheiden sie sich dagegen, da den Wiener Berufsschulen ein schlechter Ruf voraussetzt. Eine Reform der Berufsschulen ist daher dringend geboten.

Das Absitzen des neunten Pflichtschuljahres in einer polytechnischen Lehranstalt muss der Vergangenheit angehören. Das Bildungsziel muss bereits mit Abschluss der vierten Klasse Unterstufe erreicht sein.

Um Unternehmer verstärkt zu motivieren, wieder in die Lehrlingsausbildung zu investieren, müssen regelmäßige „Meet&Greet“-Veranstaltungen von den Bezirksvorstehungen organisiert werden, bei denen interessierte Schüler und Unternehmer aus dem Bezirk zusammengeführt werden.

Jeder Lehrling, der seine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, soll eine generelle Lehrabschlussprämie von 10.000 Euro in bar erhalten, darüber hinaus weitere 5.000 Euro in Form eines Bildungsschecks. Für einen Abschluss in einem Mangelberuf soll die Prämie verdoppelt werden.

Um der anstehenden Pensionierungswelle entgegenzuwirken, muss die Stadt die Zahl der Lehrausbildungsplätze in ihrem Wirkungsbereich erhöhen.

JUNGE WIENER BEIM START IN DIE EIGENSTÄNDIGKEIT UNTERSTÜTZEN

Aus der elterlichen Wohnung auszuziehen, ist ein essenzieller und manchmal notwendiger Schritt hin zu einem eigenständigen Leben, den sich Wiens Jugendliche jedoch auch finanziell leisten können müssen. In Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Bauträgern und Wiener Wohnen muss angemessener Wohnraum kostengünstig für unsere Jugend zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere sind günstige „Smartwohnungen“ und Gemeindewohnungen bevorzugt an junge Wiener und Jungfamilien mit österreichischer Staatsbürgerschaft zu vergeben.

Für junge Wiener und Jungfamilien ist der Erwerb von Eigentum in Wien kaum noch erschwinglich. Die vorherrschende sozialistische Betreuungsmentalität, die fast ausschließlich auf Mietwohnungen fokussiert ist, verwehrt den meisten jungen Wienern den verständlichen und vernünftigen Traum von den eigenen vier Wänden.

Gerade genossenschaftliche Mietwohnungen, die eine erstmalige Kaufoption nach fünf Jahren bieten, ermöglichen – zum Beispiel in Kombination mit der „Wien-Haftung“ – einen besonders sanften Einstieg ins Wohnungseigentum. Daher hat die bevorzugte Vergabe solcher Wohnungen an junge Wiener und Jungfamilien bis 35 Jahre in den Wohnbauförderungsrichtlinien verankert zu werden.

SINNVOLLE FREIZEITBESCHÄFTIGUNG FÜR WIENS JUGEND

Das Sportangebot für die Wiener Jugend ist massiv auszubauen, um ihr die Chance zu geben, sich gesund zu bewegen und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Dazu müssen Vereinssportplätze erhalten, ausgebaut und gefördert werden. Der bedarfsgerechte Aus- und Neubau von Turnhallen an Schulen ist unerlässlich, um sowohl den Schul- als auch den Vereinssport zu fördern. Jugendsportvereine sind zu entpolitisieren und verstärkt zu unterstützen.

Die Betreuung von Jugendlichen in Parks und auf Spielplätzen muss auf den Abend ausgedehnt werden, um Vandalismus, Mobbing und Gewalt entgegenzuwirken. Diese Jugendarbeit sollte nicht länger von verpolitisierten Vereinen, sondern direkt vom Magistrat durchgeführt werden, mit regelmäßiger Überprüfung auf Effizienz und Erfolg. Streifen von Polizei und Sicherheitswacht sind auf Spielplätzen und in Parks zu verstärken.

Der Führerschein ist ein wichtiger Schritt zum Erwachsenwerden. Um Eltern und Jugendliche zu entlasten, muss in Zusammenarbeit mit Fahrschulen die Möglichkeit angeboten werden, die theoretische Führerscheinausbildung im Rahmen der Schul- und Lehrausbildung zu absolvieren.

Die Betriebszeiten auf den Hauptverbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien ist um eine Stunde zu verlängern. Die Benutzung soll für österreichische Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren kostenlos sein.

Auch der Besuch aller Museen in Wien muss für Wiener Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren gratis sein.

**POLITIK
MIT HERZ**

A red heart graphic drawn with a thick, textured brushstroke, positioned to the right of the text 'POLITIK MIT HERZ'.



KUNST & KULTUR

DEM ERBE WIENS
GERECHT WERDEN

Die Wiener sind zu Recht stolz auf ihr kulturelles Erbe, war unsere Stadt doch über Jahrhunderte hinweg maßgeblich für die kulturelle Prägung Mitteleuropas verantwortlich. Jährlich besuchen Millionen Menschen aus aller Welt Wien vor allem wegen seiner historischen Architektur und der klassischen Musik.

Es liegt daher auch in der Verantwortung unserer Generation, dieses Erbe zu pflegen und auszubauen. Diese Aufgabe wird von der Wiener SPÖ sträflich vernachlässigt: Das Abnormale wird zum Normalen erklärt, zeitgeistige Produktionen werden mit seltsamer Energie verfolgt und verstören, statt zu gefallen.

Links-woke Theaterproduktionen finden im publikumsfreien Raum statt, moderne Architektur verunstaltet in Wien, statt zu harmonieren und zu ergänzen, und es scheint der Zwang vorhanden zu sein, jeden Platz mit zum Teil objektiv verstörenden Installationen irgendwie befremdlich zu gestalten.

Obwohl die Stadt für den Kulturbereich jährlich rund 300 Millionen Euro an Förderungen ausschüttet, müssen selbst unsere Traditionsorchester Musiker im Ausland anwerben, weil die Ausbildung des eigenen Nachwuchses an Wiener Musikschulen nur stiefmütterlich betrieben wird.

Mit diesen FPÖ-Kernforderungen
soll Wien seinem kulturellen Erbe gerecht werden:

- » **Kulturelles Erbe Wiens erhalten und ausbauen**
- » **Modernes Musikschulgesetz für ausreichend Nachwuchs**
- » **„Freiheit der Kunst“ durch Transparenz und Kontrolle**
- » **Eigenbeitrag für Kulturschaffende
statt politischer Vereinnahmung**
- » **Zuschauer rein und Politik raus aus Wiens Theatern**
- » **Zeitgemäße Infrastruktur für Veranstaltungen**
- » **Unterstützung der Bezirksmuseen
zur Stärkung unserer Identität**
- » **Architektur in Wien muss auch objektiv schön sein dürfen**

KULTURELLES ERBE WIENS ERHALTEN UND AUSBAUEN

Wien hat durch seine 2.000-jährige Geschichte auch ein reiches kulturelles Erbe und genießt vor allem, was klassische Musik, aber auch Architektur angeht, einen weltweit hervorragenden Ruf, den es zu pflegen und auszubauen gilt.

Jährlich besuchen Millionen Menschen aus aller Welt Wien gerade wegen dieses kulturellen Erbes und bilden damit einen großen wirtschaftlichen Faktor, der über Umwegrentabilität zum Wohlstand unserer Stadt beiträgt.

Nicht zuletzt aus diesem Grund muss die Denkmalpflege ausgeweitet, aber auch erleichtert werden. Historische Viertel und Straßenzüge sollen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft besonders geschützt werden.

In Wien werden rund 300 Millionen Euro für Kulturförderung ausgeschüttet, und dennoch müssen immer mehr Orchester auf Nachwuchs und Personal von außerhalb Österreichs zurückgreifen. Hier muss mit einem umfassenden Musikschulkonzept gegengesteuert werden.

Die Wiener Volksliedtradition droht auszusterben. Deshalb ist das traditionelle Wienerliedgut der Bevölkerung wieder näherzubringen und diese Wiener Tradition besonders zu fördern, um sie am Leben zu erhalten.

MODERNES MUSIKSCHULGESETZ FÜR AUSREICHEND NACHWUCHS

In der Musikstadt Wien leiden selbst große Orchester unter massiven Nachwuchsproblemen – junge Musiker kommen bestenfalls aus den Bundesländern, meist aber schon aus aller Welt.

Ein zeitgemäßes Musikschulgesetz muss für ausreichend Nachwuchs und dafür sorgen, dass alle Musikschulträger, die festgelegte Kriterien erfüllen, auch gleichwertige Förderungen bekommen und nicht gegenüber dem städtischen Träger, der ohnehin zu wenig Plätze anbieten kann, benachteiligt werden.

In Wien werden Vereine gefördert, die Jugendliche überhaupt erst für ihr Angebot interessieren und motivieren müssen, aber die an Musik interessierten Jugendlichen, die etwas lernen und leisten wollen, finden keine Ausbildungsplätze. Daher muss mit den Musikschulreferenten der Bundesländer ein Strukturkonzept erarbeitet werden; es müssen ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und jede Schule mit Nachmittagsbetreuung muss Musikschulstunden anbieten.

Begabte müssen gesucht, erkannt und individuell gefördert werden, um die musikalische Tradition Wiens – auch auf höchstem Niveau – nicht aussterben zu lassen.

„FREIHEIT DER KUNST“ DURCH TRANSPARENZ UND KONTROLLE

Kunst war immer kritisch, und auf lange Sicht gesehen setzt sich nur durch, was gut ist. Kunst und Kultur müssen frei sein, jeder Künstler muss Inhalt und Inszenierung seines Schaffens selbst wählen können, solange er damit selbst-erhaltungsfähig ist. Geförderte Kunst aber muss sich auch am Leben und am Interesse der Menschen orientieren.

Mit der Förderung von Kunst und Kultur soll eine lebendige Vielfalt in allen Bereichen wie Musik, Theater, Bildende Kunst, Literatur, Architektur, Volkskultur, usw. bewahrt und gefördert werden. Eine Förderpraxis, die sich am Wohlverhalten und an der politischen Korrektheit der Förderungsnehmer orientiert, muss in Wien der Vergangenheit angehören.

Wien hat im Kulturbereich ein sehr umfassendes Fördersystem, das – meist frei von ökonomischen Parametern – rund 300 Millionen Euro ausschüttet. Wofür das Geld tatsächlich verwendet wird, ist oft nicht nachvollziehbar. Hier muss es endlich Transparenz und Kontrolle durch die Opposition geben.

EIGENBEITRAG FÜR KULTURSCHAFFENDE STATT POLITISCHER VEREINNAHMUNG

Kunst kann kritisch sein, muss aber auch gefallen dürfen und soll Anklang beim Publikum finden. Die Politik hat die Rahmenbedingungen für die „Freiheit der Kunst“ zu schaffen, wobei dieser gleichberechtigt die „Freiheit der Kritik“ gegenüberstehen muss. Kulturpolitik hat sich gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten auch um die Interessen des Steuerzahlers zu kümmern und darf nicht zu einem Minderheitenprogramm für woke Eliten verkommen. „Freiheit der Kunst“ darf nicht heißen, dass alles am Interesse der Steuerzahler vorbei gefördert wird.

Besonders geförderte Kunst hat sich einem pluralistischen, offenen Demokratieverständnis verpflichtet zu fühlen und darf sich nicht einseitig von der Politik vereinnahmen lassen.

Um Kulturschaffende vor politischer Einflussnahme zu schützen, haben diese für ihr Projekt – ähnlich wie Häuslbauer auch – einen Eigenmittelanteil aus ihrem Privatkapital oder über private Sponsoren aufzubringen. Erst dann darf es öffentliche Förderungen nach klaren und objektiven Richtlinien geben.

Die Praxis, sich seine Kunst am Fördertropf der Wiener SPÖ, vorbei am Publikum, finanzieren zu lassen, um linke Politik auf die Bühne zu bringen oder Publikumsbeschimpfung zu betreiben, muss ein Ende finden.

ZUSCHAUER REIN UND POLITIK RAUS AUS WIENS THEATERN

Muss Theater politisch sein? Nein, Theater kann auch ganz einfach nur unterhalten. Theater in anderen Ländern leben am freien Markt – in Wien gibt es wohl kein Theater, welches das von sich behaupten kann. Hier muss man hinterfragen, warum das so ist.

Deutsches Sprechtheater ist nicht nur dafür da, um Politik auf die Bühne zu bringen. Aber sowohl beim hochsubventionierten Volkstheater als auch beim Burgtheater sehen viele Inszenierungen nach politischen Auftragsarbeiten „gegen rechts“ aus. Dafür darf das Steuergeld der Wiener nicht verwendet werden.

Die Wiener Theater müssen die wie ein Staatsgeheimnis gehütete Förderung pro Sitzplatz in eine Transparenzdatenbank eintragen; Trickserien mit geschlossenen Rängen, um Auslastung vorzutäuschen, müssen abgestellt werden.

Die einzelnen Wiener Theater müssen sich wieder ein Profil erarbeiten, damit die Besucher wissen, wofür ein Theater heute steht.

Dabei sollten sich die Theater durchaus die Wiener Musicalbühnen als Vorbild nehmen, die mit ihren Produktionen echte Auslastungen und Einnahmen vorweisen. Zudem können viele der Produktionen mit Österreich-Bezug nicht nur national, sondern auch international Erfolge verbuchen, wovon viele Wiener Theater meilenweit entfernt zu sein scheinen.

ZEITGEMÄSSE INFRASTRUKTUR FÜR VERANSTALTUNGEN

Wien ist die fünftgrößte Stadt Europas und hat keine zeitgemäßen Veranstaltungstätten, um kulturelle und sportliche Großereignisse ausrichten zu können. Sowohl das Happel-Stadion als auch die Wiener Stadthalle sind in die Jahre gekommen.

Der Prater hat sich für Großveranstaltungen bewährt, nicht zuletzt deshalb, weil die Verkehrsinfrastruktur entsprechend ausgebaut ist. Die Gastronomie des angrenzenden Wurstelpraters ist auf die Gästeanzahl auch entsprechend vorbereitet.

Deshalb ist am Standort des Wiener Happel-Stadions eine moderne Multifunktionsarena als neues Österreichisches Nationalstadion zu errichten und die Stadt Wien muss dieses Projekt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen, statt querzuschießen und zu blockieren.

Die von der Wiener SPÖ favorisierte Halle in Neu-Marx, die einst eiligst als Alternative zum Stadion-Projekt hervorgezaubert wurde, muss nochmals neu ausgeschrieben werden und leidet bereits jetzt unter einer Verzögerung von bis zu vier Jahren. Es stellt sich unweigerlich die Frage, warum die Großstadt Wien nicht in der Lage ist, eine Halle für 20.000 Personen zu errichten.

UNTERSTÜTZUNG DER BEZIRKSMUSEEN ZUR STÄRKUNG UNSERER IDENTITÄT

Wien besteht aus 23 Bezirken, die einst die Vororte der Stadt bildeten. Jeder einzelne Bezirk birgt eine facettenreiche und einzigartige Geschichte, welche in den Bezirksmuseen zum Leben erweckt wird.

Der Betrieb der Bezirksmuseen wäre ohne die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter nicht möglich, viele der Verantwortlichen sehen ihre Arbeit als Berufung, der sie sich mit Hingabe widmen.

Oft sind diese Museen, die einen bedeutenden Teil der Wiener Geschichte präsentieren, aber sträflich vernachlässigt. Nicht selten mangelt es an zeitgemäßer Infrastruktur wie Heizung und Kühlung, was auch für die Ausstellungsobjekte von großer Bedeutung wäre. Ein breiter Teil der Bevölkerung ist sich leider nicht einmal bewusst, dass solche Museen existieren.

Die Wiener Bezirksmuseen verdienen Stärkung und Förderung. Professionelle Unterstützung ist diesem Teil der Wiener Geschichte vor allem unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Idealismus der ehrenamtlichen Mitarbeiter zukommen zu lassen. Die Stadt muss den Bezirksmuseen eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stellen, um möglichst viele Menschen für diese Kleinode in ihren Bezirken zu begeistern.

ARCHITEKTUR IN WIEN MUSS AUCH OBJEKTIV SCHÖN SEIN DÜRFEN

Wien ist weltberühmt für seine Architektur. Jährlich strömen Millionen Menschen in die Stadt, um sich an seinen historischen Gebäuden zu erfreuen. Diese Architektur gilt es nicht nur rund um die großen Touristenattraktionen, sondern auch im Kleinen zu erhalten. So sollen beispielsweise historische Straßenbeläge mit dem Wiener Würfel erhalten bleiben, die Wiens Plätzen erst ihren Charakter geben.

Der Altstadterhaltungsfonds ist deutlich aufzustocken und die Antragsteller sind besser zu servizieren. Der Wohnfonds soll um einen eigenen Bereich erweitert werden, der stärker den Erhalt des historischen Erscheinungsbildes der Gründerzeithäuser zum Ziel hat.

Moderne Architektur kann schön sein, oder so wie in Wien. Es scheint, als liefere man sich in Wien einen Wettbewerb darum, jedem Platz irgendwie seinen historischen Charakter zu nehmen, statt ein objektiv attraktives Gesamtensemble zu schaffen, das auch der Masse der Bevölkerung gefällt. Bekanntes Beispiel ist das von der rot-grünen Stadtregierung favorisierte Monsterprojekt am Wiener Heumarkt, wo Wien sogar Gefahr läuft, seinen Status als Weltkulturerbe zu verlieren.

**POLITIK
MIT HERZ**

A red heart graphic drawn with a thick, textured brushstroke, positioned to the right of the text 'POLITIK MIT HERZ'.



SENIOREN

ANERKENNUNG,
SICHERHEIT UND RESPEKT

In Wien leben 191.735 Männer und 247.546 Frauen im Alter von 60 Jahren und älter (Stand Anfang 2023). Doch statt diese große Bevölkerungsgruppe angemessen zu unterstützen, stoßen ältere Menschen in Wien oft auf respektlose Behandlung.

Ein bezeichnendes Beispiel ist die Antwort „Wenn Ihnen was nicht passt, dann gehn’s in ein Pensionistenheim“, die ältere Menschen immer wieder erhalten, wenn sie sich bei Wiener Wohnen über die untragbaren Zustände in den Gemeindebauten beschweren. Diese Antwort ist ein Sinnbild für das Verständnis der Wiener SPÖ, alte Menschen einfach in ein Seniorenheim zur totalen Betreuung abzuschieben.

Heute haben Senioren andere Erwartungen an ihren Lebensabend als vielleicht noch vor 50 Jahren. Immer mehr ältere Menschen wollen selbstständig aktiv in ihren eigenen vier Wänden alt werden. Dieser Entwicklung ist nachzukommen, und diese Generation ist bestmöglich bei ihrem Wunsch zu unterstützen.

Die Realität im SPÖ-geführten Wien sieht leider anders aus. So werden ältere Menschen beispielsweise durch die Digitalisierung von Informationen ausgeschlossen, und praktische Ärzte machen wegen Überlastung keine Hausbesuche mehr.

Diese FPÖ-Kernforderungen sollen Senioren in Wien mehr Anerkennung, Sicherheit und Respekt bringen:

- » **Mobil und aktiv – Gratis Öffis für Senioren ab 65 Jahren**
- » **Ein Recht, klar und verständlich informiert zu werden**
- » **Sicherheit an erster Stelle!**
- » **Selbstständiges Wohnen bis ins hohe Alter fördern**
- » **Pflege daheim ausbauen, pflegende Angehörige absichern**
- » **Verbessertes Entlassungsmanagement und Remobilisation**
- » **Demenz rechtzeitig erkennen und damit umzugehen lernen**

MOBIL UND AKTIV – GRATIS ÖFFIS FÜR SENIOREN AB 65 JAHREN

Mobilität – egal ob zu Fuß, mit den Öffis oder mit dem Auto – ist auch im Alter eine der Voraussetzungen für ein selbstständiges Leben und die soziale Integration. Die individuelle Mobilität älterer Menschen muss daher in jeder Form gefördert werden.

Der flächendeckenden Sanierung gefährlicher Niveauunterschiede auf schlechten Gehwegen ist teuren Radwegen oder teuren Parkplatzvernichtungsaktionen der Vorzug zu geben. Ampelschaltungen müssen älteren Menschen das sichere Überqueren von Straßen ermöglichen.

Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel muss für alle Österreicher ab 65 Jahren in Wien kostenlos sein. Ein Ausweis mit Geburtsdatum soll als Nachweis ausreichen.

Mit barrierefreien Parkplätzen und Seniorenparkausweisen muss die Mobilität mit dem eigenen Auto erleichtert werden. Schulungen im Umgang mit modernen Fahrerassistenzsystemen können die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen.

EIN RECHT, KLAR UND VERSTÄNDLICH INFORMIERT ZU WERDEN

Die Digitalisierung schreitet so rasant voran, dass oftmals sogar junge Menschen nicht mithalten können. Erfreulicherweise finden sich aber immer mehr ältere Menschen in der digitalen Welt zurecht. Dennoch muss es gerade für die ältere Generation ein Recht auf ein analoges Leben und verständliche Information geben.

Die Bereitstellung klar verständlicher Behördeninformationen, einschließlich aller Abrechnungen in gedruckter Form, muss für die Stadt und ihre angeschlossenen Betriebe verbindlich sein. Unterstützungsdienste und Informationen müssen in den Bezirksämtern kostenlos angeboten werden.

Alle behördlichen Angelegenheiten müssen persönlich erledigt werden können.

Stadtnahe Betriebe wie Wien Energie müssen verpflichtet werden, ältere Menschen automatisch und verständlich über günstigere Tarife und Möglichkeiten zur Einsparung zu informieren.

Spezielle Kurse für die ältere Generation im Umgang mit moderner Technik sind von der Stadt Wien verstärkt und kostenlos anzubieten.

SICHERHEIT AN ERSTER STELLE!

Ältere Menschen sind eine besonders gefährdete Zielgruppe für kriminelle Aktivitäten. Daher ist es von großer Bedeutung, dass diese Generation regelmäßig und umfassend über die Entwicklung von Kriminalität und mögliche Präventivmaßnahmen in allen öffentlich geförderten Medien der Stadt informiert wird.

Sollte ein älterer Mensch trotz aller Präventivmaßnahmen Opfer eines Verbrechens werden, ist es von größter Wichtigkeit, dass umgehend angemessene Nachsorgemaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, sicherzustellen, dass die betroffenen Personen wieder in ein normales Leben zurückfinden können und sich nicht aufgrund von Angst und Trauma zurückziehen.

In der Pflege, der Krankenbetreuung sowie im privaten Umfeld sind ältere Menschen bedauerlicherweise auch Opfer von Gewalt. Angesichts einer vermutlich hohen Dunkelziffer ist es dringend geboten, die Kontrollen zu verstärken und die Einrichtung von Meldestellen auszuweiten. Es gilt, sicherzustellen, dass keine Form von Gewalt unentdeckt bleibt, und dass den Opfern auch angemessene Hilfe und Schutz geboten wird.

SELBSTSTÄNDIGES WOHNEN BIS INS HOHE ALTER FÖRDERN

Senioren sind heutzutage weitgehend aktiv und mobil, und viele von ihnen haben daher auch das Bestreben, so lange wie möglich selbstständig in ihren eigenen vier Wänden zu leben. Es ist wichtig, sie in diesem Wunsch bis ins hohe Alter bestmöglich zu unterstützen.

Von der Stadt Wien sind kostenlose Notfallarmbänder und Schlüsselsafes bereitzustellen, und es ist eine zentrale Stelle für Notfallkontaktdaten einzurichten. Dadurch sollen im Notfall Angehörige rasch informiert werden können und Hilfe soll so auch schneller Zugang zur Wohnung erhalten. Zudem ist von der Stadt ein Service einzurichten, der im Bedarfsfall auch Nachschau hält.

Das Modell der „Community Nurse“ muss in Zusammenarbeit mit Ärzten und Apothekern auch in Wien breit ausgerollt und bekannt gemacht werden.

Häufig sind es nur Kleinigkeiten wie Dehydrierung oder eine übertauchte Grippe, die – nicht rechtzeitig erkannt – zu einem Krankenhausaufenthalt oder einer Einweisung in ein Pflegeheim führen. Daher ist es dringend erforderlich, die professionelle medizinische Betreuung zu Hause auszubauen. So soll beispielsweise ein Allgemeinmediziner oder eine diplomierte Pflegekraft regelmäßig und fachgerecht Nachschau halten. Dadurch können zahlreiche stationäre Behandlungen vermieden werden.

PFLEGE DAHEIM AUSBAUEN, PFLEGENDE ANGEHÖRIGE ABSICHERN

Wenn Menschen Pflege in Anspruch nehmen müssen, ist es oftmals auch ihr Wunsch, in den eigenen vier Wänden gepflegt zu werden. Dazu sind alle Schienen von mobiler Pflege über 24-Stunden-Betreuung bis hin zu pflegenden Angehörigen auszubauen und sowohl Betroffene als auch Angehörige umfassend über das Angebot zu informieren und zu unterstützen.

Das in anderen Bundesländern bereits erprobte Modell einer Anstellung von pflegenden Angehörigen muss von Wien rasch übernommen werden. Damit werden Angehörige entlastet, sozial abgesichert und ihre Leistung wird honoriert. Pflegende Angehörige entlasten das Sozialsystem, und vielleicht entscheidet sich ein junger Mensch, in diesem Beruf zu bleiben, wenn er hier Ausbildung und Praxis absolviert hat.

Die mobile Pflege ist weiter auszubauen und aktiv zu kommunizieren, um eine ausreichende Versorgung älterer Menschen sicherzustellen.

Die Pflege daheim ist meist günstiger als jede Form der stationären Betreuung.

VERBESSERTES ENTLASSUNGSMANAGEMENT UND REMOBILISATION

Ein Unfall oder eine Erkrankung mit längerem Spitalsaufenthalt ist für ältere Menschen oftmals ein Schritt, der den Weg in die Unselbständigkeit bedeutet. Es gibt zu wenige Einrichtungen für Akutgeriatrie und Remobilisation; die bestehenden haben oftmals einen schlechten Ruf.

Ziel eines verbesserten Entlassungsmanagements muss sein, dass die Patienten auf ein selbstständiges Leben daheim vorbereitet und auch die Angehörigen miteinbezogen sind. Es reicht also nicht, wenn der Physiotherapeut einmal am Tag mit dem Patienten am Gang auf und ab spaziert, sondern man muss mit älteren Menschen unter Realbedingungen auf die Straße und beispielsweise auch Einkaufen gehen, um sie bestmöglich auf die Selbstständigkeit vorzubereiten.

Letztlich führt die Investition in ein qualitativ hochwertiges Entlassungsmanagement auch zu Kosteneinsparungen.

DEMENZ RECHTZEITIG ERKENNEN UND DAMIT UMZUGEHEN LERNEN

Mit der zunehmenden Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Demenzerkrankungen. Es ist wichtig, Demenz frühzeitig zu diagnostizieren, um eine angemessene Behandlung und Unterstützung zu gewährleisten. Dazu muss es seitens der Stadt eine Informationskampagne für Betroffene, Angehörige und die Öffentlichkeit geben. Es ist wichtig, das Umfeld bereits für den ersten Verdacht zu sensibilisieren und ihm den Umgang mit den Betroffenen in allen Stadien der Krankheit zu erleichtern.

Der Ausbau von Demenzeinrichtungen muss nach einer vorausschauenden Bedarfserhebung erfolgen, um eine adäquate Versorgung sicherzustellen. Öffentliche Einrichtungen sollen demenzfreundlicher gemacht werden.

Hochbetagte Menschen dürfen nicht mehr einfach in Ambulanzen abgestellt werden, wo sie dann stundenlang warten, ohne dass sich jemand um sie kümmert. Es muss eine eigene Ambulanzbetreuung für ältere Menschen geben, die regelmäßig Nachschau hält, die Patienten informiert und sich ihrer Bedürfnisse annimmt.



POLIZEI SICHERHEIT

**WIEN DARF
NICHT KABUL WERDEN**

„Wien darf nicht Chicago werden,“ war ein pointiertes und vielkritisierendes Wahlplakat der Wiener FPÖ in den 90er-Jahren. Seither hat sich die Sicherheitslage unter SPÖ-Herrschaft derart verschlechtert, dass heute die Forderung „Wien darf nicht Kabul werden“ heißen muss. Die von Rot-Grün-Pink geförderte Zuwanderung kulturfremder Menschen nach Wien hat zu einer Explosion von Kriminalität und Gewalt geführt; ausländische Jugendbanden terrorisieren die Wiener.

Dabei hätte ein Blick in andere europäische Metropolen, die diese Einwanderungswelle kulturfremder Menschen schon vor Jahren durchgemacht hatten, gereicht, um diese Entwicklungen vorherzusehen. Zuletzt machte etwa der schwedische Regierungschef Kristersson „jahrelange politische Naivität, eine verantwortungslose Einwanderungspolitik und eine gescheiterte Integration“ für die ausufernde Gewalt und Kriminalität von Jugendbanden in Schweden verantwortlich und kündigte sogar den Einsatz des Militärs an, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Während für Kristersson „Parallelgesellschaften den Nährboden für kriminelle Banden“ bieten, steckt die Wiener Stadtregierung den Kopf in den Sand, unternimmt nichts gegen den sich ausbreitenden radikalen Islamismus, sondern unterstützt die Bildung genau solcher Parallelgesellschaften mit der Förderung dubioser Multi-Kulti-Vereine.

Diese FPÖ-Kernforderungen
werden Wien wieder zur sicheren Stadt machen:

- » **„Wiener Sicherheit 2.0“ zum Schutz der Bevölkerung**
- » **Mehr Polizei, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum**
- » **Mit „Soko Jugendbanden“ gegen Bandenterror in Wien**
- » **Partei politik raus aus unserer Polizei –
Direktwahl des Polizeipräsidenten**
- » **Ein jährlicher Islamisierungsbericht ist vorzulegen**
- » **Islamismus als Bedrohung unserer Gesellschaft stoppen**

„WIENER SICHERHEIT 2.0“ ZUM SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG

Die Gesamtkriminalität stieg im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 Prozent auf 168.303 Straftaten. Besonders alarmierend war der Anstieg bei Einbruchsdiebstählen mit 42,9 Prozent und bei Raubüberfällen um 24,5 Prozent. Im Jahr 2022 wurde die Stichwaffe am häufigsten als Tatwaffe eingesetzt. Der Anteil fremder Tatverdächtiger erhöhte sich seit 2013 um 33,7 Prozent. Die Erhebung der tatverdächtigen Österreicher mit Migrationshintergrund muss künftig erfolgen, um ein umfassendes Bild über die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Sicherheit in Wien zu erhalten.

Angesichts dieser Entwicklung ist es erforderlich, dass die Stadtregierung unverzüglich einen Sicherheitsgipfel mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien einberuft, der ein umfassendes Konzept „Wiener Sicherheit 2.0“ zum Schutz der Wiener erarbeitet. Verantwortlich für die Umsetzung dieses Konzepts hat ein neu zu installierender Sicherheitsstadtrat zu sein.

Teil dieses Sicherheitskonzeptes muss die Schaffung einer eigenen Wiener Sicherheitswacht sein. Diese hat alle Ordnungs-, Kontroll- und Sicherheitsorgane der Stadt zusammenzuführen, um die Polizei zu entlasten und die Sicherheit auf den Straßen Wiens zu erhöhen.

Zusätzlich müssen viele Einzelmaßnahmen wie beispielsweise die Einrichtung einer Fahrradpolizei sowie die verstärkte Förderung von Sicherheitseinrichtungen an Türen und Fenstern von Privathaushalten Teil dieses dringend benötigten Sicherheitskonzepts sein.

MEHR POLIZEI, MEHR SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung der Stadt sinkt dramatisch. Es ist daher ein völlig falsches Signal, zwei Drittel der Wiener Polizeidienststellen in der Nacht auf Notfallbetrieb umzustellen, um Überstunden abzubauen. Im Gegenteil muss die Präsenz der Polizei in der Großstadt Wien flächendeckend massiv ausgebaut werden.

Wien ist besonders in den Außenbezirken, aber auch in den inneren Bezirken schlecht ausgeleuchtet. Zusätzlich wird das Licht nachts gedimmt. Wenn es abends dann noch zu Ansammlungen junger Männer auf Plätzen und in Parks kommt, wird ein Heimweg nicht nur für Frauen zur Mutprobe. Ein Lichtkonzept hat die Sicherheit der Wiener zu verbessern.

In der Stadt entstehen zunehmend Angsträume, in denen sich die Wiener nicht mehr sicher fühlen. Diese Orte sind zu entschärfen und mit Notrufsäulen und vorübergehender Videoüberwachung auszustatten.

Gemäß Statistik Austria ist jede dritte Frau von Gewalt betroffen, Tendenz steigend. Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung hat die Stadt kostenlose Selbstverteidigungskurse für Frauen und Kinder an Wiens öffentlichen Schulen anzubieten. Für alle Wiener Frauen und Kinder sollen gratis Notrufarmbänder zur Verfügung gestellt werden.

MIT „SOKO JUGENDBANDEN“ GEGEN BANDENTERROR IN WIEN

Die Jugendkriminalität ufert seit den Asyl-Chaosjahren 2015/16 immer weiter aus. Die Anzahl jugendlicher Straftäter im Alter von 14 bis 17 Jahren stieg von 2013 bis 2022 um 37 Prozent auf 33.964 Tatverdächtige. Noch dramatischer ist die Lage bei unmündig Minderjährigen unter 14 Jahren: Hier hat sich die Zahl der Tatverdächtigen um über 85 Prozent auf 10.428 erhöht.

Die Kriminalität von meist ausländischen Jugendbanden ist in Wien ein täglich wachsendes Problem. In Gemeindebauten wird Schutzgeld erpresst, österreichische Kinder werden verprügelt. Schulen warnen Eltern davor, ihre Kinder am Schulweg allein zu lassen.

Hier braucht es sehr rasch eine Rechtsgrundlage, um dieses Problem unter Kontrolle zu bringen. Die Strafmündigkeit ist aufgrund der explodierenden Gewalt von 14 auf 12 Jahre herabzusetzen. Ein 13-jähriger Messerstecher darf nicht als Kind behandelt werden und frei herumlaufen, nur weil er das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Das altbekannte Prinzip „Eltern haften für ihre Kinder“ muss hier in den Mittelpunkt gerückt werden.

Eine „SOKO Jugendbanden“ ist innerhalb der Polizei zu gründen, um die immer häufigeren Gewaltexzesse von Jugendlichen – und insbesondere von migrantischen Jugendbanden – effektiv zu bekämpfen und die Wiener vor diesen Terror-Kids zu schützen.

PARTEIPOLITIK RAUS AUS UNSERER POLIZEI – DIREKTWAHL DES POLIZEIPRÄSIDENTEN

Recht und Ordnung gehören zu den Grundwerten der freiheitlich-rechtsstaatlichen Gesinnung. Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis unserer Gesellschaft und eine zentrale Voraussetzung für eine positive menschliche Entwicklung. Die Wiener Freiheitlichen stehen hinter den Polizisten, die täglich für die Sicherheit der Wiener im Einsatz sind.

Leider ergeben zahlreiche direkte Gespräche mit Exekutivbeamten in Wien den Verdacht, dass die Führungsebene der Polizei möglicherweise in ihren Entscheidungen von parteipolitischen Interessen geleitet wird und in manchen Fällen sogar versucht, Einfluss auf die Arbeit der untergeordneten Beamten zu nehmen.

Die Vermutung der parteipolitischen Einflussnahme wird auch bestärkt, wenn man den sanften Umgang der Wiener Polizei-Führung mit illegalen Klimaklebern mit dem teilweise rücksichtslosen Vorgehen gegen friedliche Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen vergleicht.

Wir fordern daher die Direktwahl des Wiener Landespolizeipräsidenten, um sicherzustellen, dass die Polizeiführung unabhängig und ausschließlich den Interessen der Bürger und nicht SPÖ-Bürgermeister Ludwig verpflichtet ist. Ein direkt gewählter Landespolizeipräsident ist seinen Wählern Rechenschaft schuldig und nicht denjenigen, die ihn ernannt haben.

EIN JÄHRLICHER ISLAMISIERUNGSBERICHT IST VORZULEGEN

Religionsausübung ist ein Recht, das von religiösen Fanatikern zunehmend missbraucht wird. Insgesamt wurde in den vergangenen Jahren eine Verschärfung islamistischer Bestrebungen registriert. In Österreich haben sich kontinuierlich radikale und extremistische Strukturen etabliert.

Ein jährlicher Islamisierungsbericht mit Informationen zur Entwicklung der radikalislamischen Szene soll von der Landesregierung erstellt und dem Landtag vorgelegt werden. Er kann Einblick in die Bereiche Praktizierung der Scharia, Gewaltpotenzial und Terrorismusgefahr, Bildung von Parallelgesellschaften, religiöse Erziehung, Haltung zum Extremismus, Zwangsehe, Ehrenmord, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Demokratieverständnis, Toleranz usw. geben.

Ein solcher Bericht wird dazu beitragen, entschieden gegen die Ausbreitung des radikalen Islamismus in unserer Stadt vorzugehen.

ISLAMISMUS ALS BEDROHUNG UNSERER GESELLSCHAFT STOPPEN

Nicht-muslimische Mädchen werden in Wien bereits aufgrund ihrer Abweichung vom islamistischen Kleidungsideal gemobbt und ausgegrenzt. Es gibt vermehrt Berichte über selbsternannte „Sittenwächter“, die sich in Wien als „Scharia-Polizei“ betätigen und gewaltsam eine rigide Auslegung islamistischer Verhaltensnormen bei muslimischen Frauen und Mädchen in Österreich durchsetzen wollen.

Solchen Tendenzen ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Personen, die sich nicht zu den Grundprinzipien unserer Verfassung, wie Demokratie, Religionsfreiheit, Trennung von Kirche und Staat oder dem Gleichheitsgrundsatz bekennen, haben Österreich mit einem One-Way-Ticket zu verlassen – ganz ohne Wenn und Aber.

Über 220 Imame, die in Österreichs Moscheen predigen, wurden im Ausland ausgebildet und predigen nicht auf Deutsch. Die „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ warnt vor Islam-Vereinen mit extremistischem Hintergrund. Dennoch erhalten diese Vereine von Rot-Grün-Pink in Wien als auch von Türkis-Grün im Bund Millionen an Steuergeldern.

Das hat nichts mit Toleranz oder Religionsfreiheit zu tun; vielmehr handelt es sich um eine fahrlässige Förderung von Radikalismus und Parallelgesellschaften. Diese Praktiken müssen sofort beendet werden.

**POLITIK
MIT HERZ**

A red heart graphic drawn with a thick, textured brushstroke, positioned to the right of the text 'POLITIK MIT HERZ'.



SOZIALES

MEHR GELD FÜR DIE WIENER

Mieten, Betriebskosten, Energie. Das sind jene drei Bereiche, in denen in Wien die Kosten explodiert sind. Für alle drei Bereiche trägt der Bürgermeister die direkte Verantwortung und ist daher mitschuld, dass sich viele Wiener das Leben nicht mehr leisten können.

Zwar kritisiert Michael Ludwig zu Recht die Untätigkeit der türkis-grünen Bundesregierung, aber dort, wo die SPÖ das Sagen hat, steigen Mieten, Gebühren und Energiekosten in nicht gekannte Höhen. Statt die laufenden Kosten der Wiener wieder zu senken, glaubt die rot-pinke Stadtregierung, sich durch einmalige, dafür aber umso bescheidenere Zahlungen freikaufen zu können.

Wenn der rote Sozialstadtrat als Begründung für seine Ablehnung der Wiedereinführung des jährlichen Heizkostenzuschusses sagt, dass es eine solche „fürstliche Einzelzuwendung“ nicht geben werde, dann sagt das alles über das soziale Verständnis der Wiener Stadtregierung.

Gleichzeitig schüttet Wien über 600 Millionen Mindestsicherung an Nicht-Staatsbürger aus und macht Wien damit zur Wunschdestination der Völkerwanderer aus den fernsten Ländern.

Diese FPÖ-Kernforderungen
werden das Leben der Wiener wieder leistbar machen:

- » **Mieten, Gebühren und Energiekosten
auf das Niveau von 2020 senken**
- » **Recht auf günstige Energie – CO₂-Steuer streichen**
- » **Mindestsicherung ausschließlich für bedürftige Österreicher**
- » **Mehr Sozialleistungen für Österreicher, Betrug verhindern**

MIETEN, GEBÜHREN UND ENERGIEKOSTEN AUF DAS NIVEAU VON 2020 SENKEN

Es ist untragbar, dass die Teuerung durch unverschämte Gebührenerhöhungen seitens der öffentlichen Hand weiter angeheizt wird. Daher sind sämtliche Gebühren, die in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fallen, umgehend auf das Niveau von 2020 zu senken und bis zur Entspannung der Situation einzufrieren.

Obwohl Michael Ludwig darüber klagt, dass die Bundesregierung nichts gegen die Teuerung unternimmt, macht er selbst auch nichts oder sogar das Gegenteil, indem er die Mieten in den Wiener Gemeindebauten bei jeder Gelegenheit erhöht hat. Die Mieten in den Wiener Gemeindebauten sind daher ebenfalls auf das Niveau von 2020 zu senken und alle Regelungen für automatische Erhöhungen dauerhaft zu stoppen.

Zwar hat sich der Energiemarkt wieder beruhigt, dennoch ist eine zuverlässige und dauerhafte Senkung der Energiekosten auf das Niveau von 2020 ein dringendes Gebot.

RECHT AUF GÜNSTIGE ENERGIE – CO₂-STEUER STREICHEN

Die Versorgung mit günstiger Energie ist die Basis unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes und muss daher eine Grundaufgabe des Staates sein. Diese Verpflichtung soll in der Verfassung verankert werden, um sicherzustellen, dass sämtliche Handlungen oder unüberlegte Sanktionen dieses Recht berücksichtigen müssen.

Bei den Stromkosten führt vor allem das unselige „Merit-Order-Prinzip“ zu exorbitanten Strompreisen und üppigen Gewinnen für die Energiekonzerne und muss daher dringend ersetzt werden. Alternative Modelle funktionieren und resultieren in deutlich günstigeren Preisen. Beispielsweise subventioniert das „iberische Modell“ die teuersten Kraftwerke, während andere Ansätze die tatsächlichen Produktionskosten berücksichtigen.

Die Gas-, Strom- und Treibstoffpreise müssen sich in Österreich stärker am Selbstkostenpreis orientieren. Jegliche Form von Absprachen und kartellähnlichem Verhalten muss konsequent unterbunden werden. Die CO₂-Steuer ist ersatzlos zu streichen. Bei zu hohen Marktpreisen ist als Sofortmaßnahme die Mineralölsteuer zu senken und die Mehrwertsteuer auf Energie zu halbieren.

Es müssen alle Energieformen ohne Tabus genutzt werden, um die Unabhängigkeit und Stabilität der Versorgung sicherzustellen.

MINDESTSICHERUNG AUSSCHLIESSLICH FÜR BEDÜRFTIGE ÖSTERREICHER

Die Mindestsicherung war als letztes soziales Netz und Absicherung gegen Schicksalsschläge gedacht und nicht für Leute, die mit 17 die Schule abbrechen und bis zur Pension von dieser Sozialleistung leben. Schon gar nicht gedacht war sie, um immer mehr illegale Asylanten aus aller Welt zu uns in die Stadt zu locken. Mittlerweile zahlt die Stadtregierung die Mindestsicherung auch an Menschen, die einen rechtskräftigen Abschiebebescheid haben.

Die Wiener SPÖ hat das System der Mindestsicherung pervertiert, sodass das Stadtbudget mittlerweile mit über einer Milliarde Euro belastet wird. Über 600 Millionen gehen an Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, damit ist Wien Wunschdestination von Asylanten aus aller Welt.

Dieses Einfallstor in den Sozialstaat muss sofort geschlossen werden. Die Mindestsicherung muss ausschließlich österreichischen Staatsbürgern in Notlagen vorbehalten sein.

Mit dem eingesparten Geld müssen die Sozialleistungen für in Not geratene Österreicher erweitert und aufgestockt werden. So ist beispielsweise der 2012 von Rot-Grün gestrichene Heizkostenzuschuss wieder einzuführen.

MEHR SOZIALLEISTUNGEN FÜR ÖSTERREICHER, BETRUG VERHINDERN

Bei der Vergabe von Sozialleistungen sind in Wien die Österreicher in den Fokus zu rücken. Mindestsicherung und Gemeindewohnungen müssen Österreichern vorbehalten bleiben, weitere freiwillige Sozialleistungen an Nichtstaatsbürger sind zu streichen. Mit dem eingesparten Geld müssen die Leistungen für bedürftige Wiener ausgeweitet und aufgestockt werden – von Weihnachtsgeld bis Schulstartgeld oder Heizkostenzuschuss.

Die Warenkörbe von Wienern mit niedrigem Einkommen unterscheiden sich von denen, die mehr verdienen. Insbesondere bei günstigen Produkten sind jedoch die Lebensmittelpreise stark angestiegen. Für die Erhöhung von Sozialleistungen muss daher gerechterweise die meist höhere Inflation des Mikro- und Miniwarenkorbs stärker herangezogen werden.

Über 70 Prozent des Sozialleistungsbetrugs werden von Ausländern begangen. Um den Schaden, der jährlich viele Millionen Euro ausmacht, zu verhindern, muss eine „MA-Sozialbetrug“ eingerichtet werden, um die Kontrollen in Wien auszuweiten. Mit dem eingesparten Geld müssen Leistungen für Österreicher, die sich in echter Not befinden, erhöht werden.

**POLITIK
MIT HERZ**

A red heart graphic drawn with a thick, textured brushstroke, positioned to the right of the text 'POLITIK MIT HERZ'.



UMWELT

UMWELTSCHUTZ
MIT HAUSVERSTAND

Im Namen des Klimaschutzes versucht Rot-Grün-Pink den Menschen in Wien zunehmend vorzuschreiben, wie sie leben sollen. Mit einer Fülle von Verboten und Vorschriften wird festgelegt, wie wir heizen, womit wir unsere Autos betreiben, was wir essen dürfen oder wie oft wir duschen sollen.

Dabei sind die stark ansteigenden Temperaturen in Großstädten zu großen Teilen auf lokale Effekte zurückzuführen, die wiederum größtenteils aus dem Bevölkerungswachstum resultieren. Dennoch liegt der Fokus der Wiener Stadtregierung darauf, das Weltklima zu retten, anstatt flächendeckend effiziente Maßnahmen gegen die Entstehung von „Urban Heat Islands“ (lokale Wärmeinseln) in Wien zu ergreifen.

Durch die einseitige Fokussierung auf den Klimawandel werden für Wien wichtige Aspekte des Umweltschutzes immer mehr vernachlässigt. Gleichzeitig wird mit einer stigmatisierenden Diskussion über den Klimawandel die Spaltung der Gesellschaft weiter betrieben, wie wir sie schon aus der Coronazeit kennen.

Diese FPÖ-Kernforderungen werden das Stadtklima verbessern und echten Umweltschutz fördern:

- » **Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas müssen rational und sozial verträglich sein**
- » **„Urban Heat Islands“ – Kampf den Wärmeinseln der Stadt**
- » **Bei der Energieversorgung rundum alternativ denken**
- » **Echter Umweltschutz darf nicht auf der Strecke bleiben**
- » **Mehr Schutz für Wild- und Haustiere**

MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DES STADTKLIMAS MÜSSEN RATIONAL UND SOZIAL VERTRÄGLICH SEIN

Wien wächst, und diesem Wachstum fallen auch immer mehr Grünflächen zum Opfer. Es wird betonierte, asphaltiert und verdichtet. Dass sich das Klima in unserer Stadt wandelt, merken wir besonders durch die steigende Anzahl von „Hitzetagen“ in den Sommern, besonders in dichtverbauten Grätzeln. Das bereitet vor allem älteren Menschen Probleme.

Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas sind prinzipiell zu begrüßen, jedoch auf ihre Wirksamkeit, als auch auf ihre soziale Verträglichkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Radikalmaßnahmen, deren Ursprung oftmals in irrationalen Ideologien zu suchen sind, lehnen wir ab. Weder unterstützen wir Technologieverbote, Fahrverbote noch finanzielle Mehrbelastungen durch Erziehungssteuern.

Bei der Energieversorgung der Wiener ist auf eine gesunde Balance zwischen günstiger Energie, Verminderung von Abhängigkeiten und Umweltschutz zu setzen.

Die Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Umweltbedingungen prägt die Erfolgsgeschichte des modernen Menschen. Daher ist es wichtig, einer Radikalisierung und der Verbreitung unbegründeter Ängste in Bezug auf den Klimawandel, insbesondere unter unserer Jugend, entschieden entgegenzuwirken.

„URBAN HEAT ISLANDS“ – KAMPF DEN WÄRMEINSELN DER STADT

Das Schwinden von Grünflächen durch Verbauung und Bodenversiegelung, weniger Durchlüftung, Heizen und Abwärme lassen die Temperaturen in Wien steigen. Die Temperaturunterschiede zwischen dicht bebauten inneren Bezirken und Außenbezirken machen mehrere Celsiusgrade aus.

Den hohen Temperaturen an Sommertagen ist mit vernünftigen und lokal effizienten Maßnahmen entgegenzuwirken. Das Entsiegeln von Flächen, klimafreundliche Fahrbahnbeläge, Fassadenbegrünungen, Dachbegrünungen, „Cool Roofs“, helle Dächer und Fassaden, schattenspendende Strukturen, Wasserelemente und die Pflanzung von Stadtbäumen sind nur einige Beispiele.

Neben mehr Bäumen auf freien öffentlichen Flächen sind von der Stadt auch Baumpflanzungen und deren Erhalt auf privatem Grund zu unterstützen. Die Entsiegelung sowohl öffentlicher wie auch privater Parkplatzflächen – beispielsweise mit Rasenziegeln – ist zu beschleunigen und zu fördern, ohne dabei ideologisch motiviert Stellplätze zu vernichten.

Häufig ist es auch die Befolgung einfacher Ratschläge, wie das richtige Lüften zur richtigen Zeit oder ausreichendes Trinken, die heiße Sommertage in der Stadt erträglicher macht. Hier muss die Stadt besonders auf die Informationsvermittlung an die ältere Generation setzen.

BEI DER ENERGIEVERSORGUNG RUNDUM ALTERNATIV DENKEN

Statt auf Strafsteuern und ideologisch motivierte Verbote zu setzen, muss Wien durch sinnvolle Forschung und realistischen Einsatz moderner „Green Technology“ überzeugen. Dabei ist die Ansiedelung neuer Betriebe im Sektor umweltfreundlicher Technologien in Wien besonders zu unterstützen, weil das auch zukunftsichere Arbeitsplätze schaffen wird.

Radikalforderungen, wie die nach dem planlosen Rausreißen von 600.000 Gasthermen aus den Wiener Wohnungen, müssen Projekte wie eine alternative Grätzelsversorgung mit Geothermie, Photovoltaik samt entsprechenden Stromspeichern oder Wasserwärmepumpen entgegengestellt werden. Wien Energie hat einen längerfristigen Fernwärmeausbauplan zur besseren Orientierung vorzulegen.

Die Produktion von Biogas und grünem Wasserstoff ist auszubauen und zu fördern. Alles, was wir selbst produzieren, verringert auch Abhängigkeiten, schafft Arbeitsplätze und schont die Umwelt. Windkraftanlagen auf den Wiener Hausbergen sind abzulehnen.

Generell ist bei allen Aktivitäten und Bemühungen darauf zu achten, dass ein Wechsel zu alternativen Energien nicht neue Abhängigkeiten schafft.

ECHTER UMWELTSCHUTZ DARF NICHT AUF DER STRECKE BLEIBEN

Der umfassende Umweltschutz scheint immer mehr der Rettung des Weltklimas durch die Wiener Stadtregierung zum Opfer zu fallen. Daher ist es wichtig, den Schutz unserer Naturlandschaften sowie der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt in und um Wien wieder verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Die Bevölkerung ist verstärkt in realistische Projekte zum Schutz unserer lokalen Umwelt einzubeziehen, sei es bei der Abfallvermeidung, der Mülltrennung oder bei gemeinsamen Wald- und Flurreinigungstagen.

Ein verstärktes Einbinden von „Umwelt- und Tierschutz“ in den Unterricht soll Kindern durch Exkursionen und Bewusstseinsbildung zeigen, wie sie selbst zum Schutz unserer Umwelt beitragen können, statt irrationale Ängste zu schüren.

Gesetzliche Maßnahmen im Kampf gegen die geplante Obsoleszenz seitens der Hersteller, aber auch Modelle wie Reparatur-Cafés und Reparaturbonus sind im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zu begrüßen und auszubauen.

Zum Umweltschutz der Stadt gehört auch der Schutz des Wiener Wassers. Quellen und Infrastruktur der Wiener Hochquellenwasserleitung müssen im Eigentum der Wiener bleiben.

MEHR SCHUTZ FÜR WILD- UND HAUSTIERE

Ob Hirsche, Rehe, Dachse, Wildkaninchen, Feldhamster, Eulen oder Turmfalken – in Wien leben viele verschiedene Tierarten. Für sie braucht es ein strengeres Artenschutzprogramm, das möglichst alle Tierarten umfasst und nicht durch Bauprojekte ausgehebelt werden kann.

Habitate für seltene Tierarten müssen im Stadtgebiet erhalten und neu geschaffen werden. Der Mensch muss sich nicht auf einhundert Prozent des Stadtgebiets ausbreiten. Bereits mit kleinen Maßnahmen, wie geeignete Grünflächen nur mehr zweimal im Jahr zu mähen, kann der Artenreichtum an Blumen und Insekten gefördert werden. Zusätzlich soll die Aufstellung von Bienenstöcken in Wien unterstützt werden.

Die Strafen für Tierquälerei sind massiv zu erhöhen. Es muss allen in Wien lebenden Menschen klar sein, dass das Quälen von Tieren bei uns kein Lausbubenstreich ist.

Der Hund gilt als bester Freund des Menschen. Daher müssen Hundezonen ausgebaut und attraktiver gestaltet werden, und es sollen biologisch abbaubare Hundekotbeutel in Stadtrandgebieten angeboten werden. Es ist wichtiger, auf eine sachkundige Haltung aller Hunderassen zu achten, anstatt willkürliche Listen zu erstellen.



VERKEHR

FREIHEIT AUF WIENS STRASSEN



Dass sie als Autofahrer die Melkkühe der Nation sind, daran haben sich die Österreicher bereits gewöhnt. In Wien scheint es aber das Ziel von Rot-Grün-Pink zu sein, das Autofahren immer mehr zu verunmöglichen. Dabei erweisen sich die Wiener Roten bereits als die „besseren“ Grünen.

„Auf dem Weg zur klimagerechten Stadt“ scheint der Stadtregierung jedes Mittel recht zu sein. So werden Verkehrsadern willkürlich durchtrennt, Parkplätze systematisch durch teure Rückbauten vernichtet und der Autoverkehr durch Radwege und Einbahnregelungen bewusst verzögert, weil man es nicht schafft, die öffentlichen Verkehrsmittel schneller zu machen.

In den Stadtentwicklungsgebieten wird das Verkehrsnetz nicht mitgeplant und der für die Entlastung Wiens so wichtige Lobau-Tunnel fällt dem Öko-Kommunismus einer grünen Bundesministerin zum Opfer.

Wien will das ideologiegetriebene Aus für Verbrennungsmotoren vorzeitig umsetzen, auch wenn die Öko-Bilanz der Elektro-Autos mehr als fragwürdig ist und wenn die Stromversorger sagen, sie können den Strom dafür nicht liefern.

Ziel von Rot-Grün-Pink scheint es, dass die Wiener in Zukunft nur mehr einen Fahrschein besitzen dürfen und damit glücklich sein sollen.

Diese FPÖ-Kernforderungen werden die Verkehrssituation in Wien verbessern, ohne die Autofahrer zu benachteiligen:

- » **Schluss mit den rot-grün-pinken Schikanen gegen Autofahrer**
- » **Rot-grün-pinke Parkplatzvernichtung beenden**
- » **Ein Gratis-Parkpickerl für ganz Wien**
- » **Mehr Garagen und mehr Park&Ride-Anlagen**
- » **Radfahrer unterstützen,
aber nicht zulasten anderer Verkehrsteilnehmer**
- » **Nein zum Verbrenner-Aus,
Wahlfreiheit bei der Antriebstechnik**
- » **Öffis schneller, verlässlicher und sicherer machen**

SCHLUSS MIT DEN ROT-GRÜN-PINKEN SCHIKANEN GEGEN AUTOFAHRER

Für die einen bedeutet das eigene Auto Freiheit, viele Wiener sind aber aufgrund von Beruf, Alter, eingeschränkter Mobilität usw. darauf angewiesen. Deshalb fordern wir ein Ende der ideologiebedingten Schikanen und Strafsteuern gegen die Autofahrer und wollen echte Wahlfreiheit für die Wiener. Egal ob Auto, Öffis oder Fahrrad, ob Elektro oder Verbrenner – alle Verkehrsteilnehmer sind gleichberechtigt zu behandeln.

Der Lobau-Tunnel wird die Wiener Süd-Ost-Tangente massiv entlasten und ist schnellstmöglich zu errichten. Dem Ausbau von Straßen in den Stadtentwicklungsgebieten muss Vorrang gegeben werden. Wien braucht eine funktionierende Baustellenkoordination, die Staus verhindert.

CO₂-Steuer und NOVA sind ersatzlos zu streichen. Ein klares Nein zum „Wiener Klimafahrplan“, dessen vorrangiges Ziel neue Belastungen und Schikanen gegen die Autofahrer unter dem Deckmantel von „Klimagerechtigkeit“ sind.

Rot-grün-pinken Fantasien wie von einem autofreien Sonntag, der weiteren Durchtrennung von Verkehrsadern, Berechtigungszonen oder flächendeckenden 30er- oder IG-L-Beschränkungen erteilen wir eine klare Absage.

Alle Geschwindigkeitsmessungen müssen deutlich und im Voraus angekündigt werden.

ROT-GRÜN-PINKE PARKPLATZVERNICHTUNG BEENDEN

Die ideologiegetriebene Vernichtung von Parkplätzen durch immer mehr Gehsteigohren, Poller, Fahrradbügel, Baumscheiben, E-Ladestationen, Grätzel-Oasen usw. muss beendet werden. Wo Rückbauten sinnvoll und notwendig sind, wie beispielsweise vor Schulen, Kindergärten oder Kinderspielplätzen, müssen in der Nähe Ersatzparkplätze geschaffen werden.

Der Wildwuchs von Schanigärten ist einzubremsen. Sie scheinen teilweise überdimensioniert, vernichten bis zu zehn Stellplätze und werden oft wochen- oder monatelang nicht genutzt. Der tatsächliche Bedarf an diesen Flächen muss in einer Interessenabwägung regelmäßig geprüft werden.

Durch absichtliches Umdrehen von Einbahnen und durch Errichten von Durchfahrtsverboten wird der Parkplatzsuchverkehr künstlich verlängert. Selbst in Gegenden mit Parkpickerl dauert es bereits über 20 Minuten, bis man einen Parkplatz findet – das belastet die Umwelt unnötig und verursacht Lärm.

Über den Rückbau von Parkplätzen sollen im Rahmen der direkten Demokratie ausschließlich die Bewohner des betroffenen Grätzels entscheiden. Eine Antwortmöglichkeit bei der Befragung muss immer die Beibehaltung des Status quo sein.

EIN GRATIS-PARKPICKERL FÜR GANZ WIEN

Trotz kostenpflichtigem Parkpickerl finden Autofahrer in vielen Gegenden Wiens keinen Parkplatz; Im Wohnbezirk darf man parken, im Arbeitsbezirk nicht; Parkgenehmigungen für Handwerksbetriebe sind unverhältnismäßig teuer, die Kosten zahlt der Kunde. Statt Fleckerlteppich und Abzocke muss es für Fahrzeuge mit Wiener Kennzeichen ein Gratis-Parkpickerl für ganz Wien geben.

Das rot-grün-pinke Doppelspiel, die durch die Einführung des Parkpickerls freigewordenen Stellplätze sofort wieder durch Baumscheiben, Fahrradbügel und sonstige Rückbauten zu vernichten, muss sofort beendet werden.

Eine Entscheidung über die Errichtung von Anrainer-Parkplätzen soll von den Bezirksvertretungen getroffen werden. Generell vorgeschriebenen „Berechtigungszonen“ – wie im Wiener Klimafahrplan vorgesehen – erteilen wir eine klare Absage.

Alle Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung müssen zweckgebunden in den Bau von Garagen fließen, um mehr Stellplätze sowohl für Kurzzeit-, als auch für Dauerparker zu schaffen.

MEHR GARAGEN UND MEHR PARK&RIDE-ANLAGEN

Pro Wohnung ein Stellplatz. Diese Verpflichtung muss im Neubau wieder eingeführt werden. Immer mehr Wohnanlagen mit immer weniger Parkplätzen müssen der Vergangenheit angehören. Ein Auskaufen darf nur im Ausnahmefall möglich und kein Kostenvorteil sein – die Einnahmen daraus sind zweckgebunden, etwa für die Errichtung neuer öffentlicher Garagen, zu verwenden.

Es gibt bereits fertige Pläne für neue Garagen in Wien. Diese sind unter der grünen Verkehrsstadträtin Vassilakou wohl aus ideologischen Gründen in der Schublade verschwunden, um den Wienern das Autofahren zu verleiden. Diese Pläne gilt es zu reaktivieren, auszuweiten und umzusetzen.

In Kooperationen mit Gewerbebetrieben – wie Bau- und Supermärkten – sollen kreative Lösungen gefunden werden, um deren große Parkflächen beispielsweise durch Aufstockungen oder „Nachtparken“ öffentlich mitnützen zu können.

Werden U-Bahnlinien an den Stadtrand geführt, müssen ausreichend Park&Ride-Anlagen errichtet werden. Die Möglichkeiten dazu sind schon bei der Streckenführung miteinzuplanen. Attraktive Kombitickets mit den Wiener Linien sollen das Einpendeln mit dem Auto reduzieren.

RADFAHRER UNTERSTÜTZEN, ABER NICHT ZULASTEN ANDERER VERKEHRSTEILNEHMER

Radfahren soll nicht zuletzt aus Gesundheitsgründen gefördert werden. Dabei dürfen jedoch keine anderen Verkehrsteilnehmer benachteiligt werden, und Steuergelder dürfen nicht mehr zweckentfremdet für den Bau neuer Radwege verwendet werden.

Der Radverkehr ist weg von den Hauptverkehrsrouten hin in Nebenstraßen und Seitengassen zu verlegen, um die Sicherheit der Radfahrer zu erhöhen. Rot-grün-pinke Geldvernichtungsaktionen, dort einen separaten Radweg zu errichten, wo zwei Gassen weiter bereits ein bewährter Radweg existiert, sind zu verhindern. Besonders wenn dem Radweg dann auch noch eine Fahrspur oder Parkplätze geopfert werden müssten.

Vor Fußgängerquerungen müssen Bodenschwellen auf Radwegen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöhen.

Eine Versicherungspflicht soll die Radfahrer im Falle eines Unfalls schützen. Eine grundlegende Verkehrserziehung muss konsequent für Kinder und Jugendliche umgesetzt werden.

NEIN ZUM VERBRENNER-AUS, WAHLFREIHEIT BEI DER ANTRIEBSTECHNIK

Rechnet man die Produktion, die Batterie, den Antriebsstrom und die Entsorgung in die Öko-Bilanz von Elektrofahrzeugen mit ein, ist man von einer CO₂-Neutralität weit entfernt und es gibt ökologisch und ökonomisch keinen Grund, diese Antriebstechnik so massiv zu bevorzugen.

Dazu hat Wien kein Konzept, woher der benötigte Strom für die Elektroautos herkommen soll, und die Ladeinfrastruktur ist ebenfalls unterentwickelt. Nicht zuletzt deshalb muss sich die Stadt der Realität stellen und die Errichtung neuer Ladestationen genau evaluieren, da sie vor allem Parkplätze kosten.

Einschränkungen – ob in Form von Fahrverboten, Strafsteuern oder in welcher Form auch immer – für fossile Antriebe ist eine klare Absage zu erteilen. Die Wiener müssen frei über die Antriebsart ihrer Autos entscheiden können – egal ob Elektro oder Wasserstoff, ob Benzin oder Diesel.

Die Vorteile des grünen Wasserstoffs werden von der Stadtregierung weitgehend ignoriert, die Forschung findet nur schleppend statt. Dabei scheint grüner Wasserstoff eine zukunftsweisende Technologie zu sein, ist Wasserstoff doch gleichzeitig auch Speicher. Wien soll seinen Schwerpunkt daher gerade in den grünen Wasserstoff setzen und Vorreiter in der Erforschung und Anwendung dieser Technologie werden. Das schützt die Umwelt, schont das Klima, schafft Arbeitsplätze und sichert auch Unabhängigkeit.

ÖFFIS SCHNELLER, VERLÄSSLICHER UND SICHERER MACHEN

Durch die von Rot-Grün-Pink betriebene Zuwanderung und durch die flächendeckende Einführung des Parkpickerls sind Wiens öffentliche Verkehrsmittel chronisch überfüllt und ihre Benutzung wird für die Wiener zur Geduldprobe. Mit einer Taktverdichtung und mehr Garnituren müssen schnell ausreichend Kapazitäten geschaffen werden.

Quer- und Tangentialverbindungen sollen vor allem die Außenbezirke besser erschließen und auch die Stammstrecken entlasten.

Ein umfassendes Sicherheitskonzept der Wiener Linien muss die öffentlichen Verkehrsmittel Wiens vor allem für Frauen und Kinder wieder zu einem sicheren Ort machen.

Der Instandhaltung der Schieneninfrastruktur ist höchste Priorität beizumessen, um das öffentliche Verkehrsnetz aufrechtzuerhalten.

Die U-Bahn-Linien haben zügig bis in die Stadtentwicklungsgebiete an den Stadträndern (z.B.: U3 bis Schwechat, U4 bis Auhof und U6 bis Stammersdorf) ausgebaut und mit ausreichend Park & Ride-Anlagen versorgt zu werden.

A photograph of a courtyard in Vienna. In the center is a three-story yellow building with a red-tiled roof and a large arched window on the top floor. The building has several windows with blue frames and balconies. In the foreground, there are two terraces with green metal railings and concrete pillars. The sky is blue, and there are green trees on either side of the building. The text 'WOHNEN' is overlaid in large white letters, and 'MUSS IN WIEN WIEDER LEISTBAR WERDEN' is overlaid in smaller white letters below it.

WOHNEN

MUSS IN WIEN WIEDER
LEISTBAR WERDEN

Wien hat eine stolze Tradition des sozialen Wohnbaus. Eine Tradition, der Bürgermeister Michael Ludwig und seine Sozialdemokratie längst nicht mehr gerecht werden. Leistbares Wohnen wurde von der Realität zur politischen Propaganda degradiert. Die „Herrschaft“ Michael Ludwigs ist gekennzeichnet durch verfallende Gemeindebauten, explodierende Mieten, zunehmende Ghettoisierung und rote Seilschaften.

Das offizielle Wien ist stolz auf eine ungebremsste Zuwanderung und das Überschreiten der 2-Millionen-Einwohner-Grenze, schafft aber auch am Wohnungssektor keine adäquate Infrastruktur, was die Preise massiv in die Höhe treibt. Dadurch sind immer mehr Österreicher auf geförderte Wohnungen angewiesen.

Diese FPÖ-Kernforderungen werden das Wohnen für Wiener wieder leistbar machen:

- » **Geförderte Wohnungen und Wohnbeihilfe für Österreicher**
- » **„Wien-Hausordnung“ statt Jugendbanden und Islamisten**
- » **Sanierungs- und Leistbarkeitsoffensive im Gemeindebau**
- » **Bundesaufsicht für Wiener Wohnen**
– Den roten Sumpf trockenlegen
- » **Eigentum fördern durch die „Wien-Haftung“**
- » **Schneller und günstiger bauen statt Normendickicht**
- » **Transparente Wohnbauförderung statt roter Seilschaften**

GEFÖRDERTE WOHNUNGEN UND WOHNBEIHILFE FÜR ÖSTERREICHER

Eine geförderte Wohnung zählt zu den teuersten Sozialleistungen. Sie länger als Willkommensgruß an oftmals integrationsunwillige Zuwanderer zu vergeben, ist den Wienern gegenüber nicht zumutbar. Das gilt auch für die Wohnbeihilfe.

Hier muss es zu einer umgehenden Trendwende kommen, die unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung in Ober- und Niederösterreich bereits eingeleitet wurde: Drittstaatsangehörige werden dort vom sozialen Wohnbau grundsätzlich ausgeschlossen, wenn sie nicht jahrelang legal in Österreich sozialversicherungspflichtige Einkünfte bezogen haben – und über entsprechende Deutschkenntnisse verfügen. Das gewährleistet Gerechtigkeit, setzt wirksame Integrationsanreize und beugt Nachbarschaftskonflikten vor.

Aufgrund der besonders prekären Lage ist in Wiens Gemeindebauten aber noch ein weiterer Schritt notwendig: Die Vergabe von Wohnungen im Einflussbereich von Wiener Wohnen darf ab sofort ausschließlich an österreichische Staatsbürger erfolgen. Mit dieser Maßnahme sollen die Wiener Gemeindebauten innerhalb von zehn Jahren wieder ein Ort der Normalität und des Zusammenlebens werden, an dem sich die Wiener wohl fühlen.

„WIEN-HAUSORDNUNG“ STATT JUGENDBANDEN UND ISLAMISTEN

Im geförderten Wohnbau muss eine „Wien-Hausordnung“ eingeführt werden, die konsequent durchzusetzen ist. Wer seine Nachbarn regelmäßig stört und tyrannisiert, wer unsere Gepflogenheiten im Zusammenleben nicht respektiert oder wer gar gewalttätig wird, muss seine Wohnung räumen. Auch dürfen islamistische Gefährder und Hassprediger nicht länger im sozialen Wohnbau leben und dort Parallelgesellschaften aufbauen oder Terrornetzwerke etablieren.

Insbesondere das sich immer stärker entwickelnde Unwesen von Jugendbanden im Gemeindebau muss – in intensiver Zusammenarbeit von Polizei und Jugendamt – nachhaltig unterbunden werden.

Wer Schäden verursacht, ist nach dem Verursacherprinzip zur Verantwortung zu ziehen – egal, ob es sich um illegale Müllablagerungen, Schmierereien, Verschmutzungen oder Vandalismus handelt.

SANIERUNGS- UND LEISTBARKEITSOFFENSIVE IM GEMEINDEBAU

Was bröckelnde Fassaden vermuten lassen, hat der Rechnungshof belegt: Michael Ludwig und die Wiener SPÖ lassen den Gemeindebau verfallen. Experten schätzen den Sanierungsstau auf mehr als 10 Milliarden Euro. Im Schnitt wird eine Gemeindewohnung nur alle 70 Jahre saniert. Das ist die Realität sozialdemokratischer Politik – und menschenunwürdig.

Gleichzeitig schöpft die SPÖ ungeniert jede Möglichkeit zu Mieterhöhungen aus. Wiener Wohnen wurde so zum wohl größten Profiteur der schwarz-grünen Belastungspolitik auf Bundesebene. Sämtliche Mieterhöhungen Wiener Wohnen seit dem Jahr 2020 sind zurückzunehmen, anschließend sind die Mieten im Gemeindebau einzufrieren.

Mittelfristig dürfen ausfinanzierte Gemeindewohnungen nicht mehr teurer sein als ausfinanzierte Genossenschaftswohnungen. Wien braucht leistbares Wohnen statt roter Hausherrenmentalität.

Wien braucht dringend eine Sanierungsoffensive im Bereich des Gemeindebaus, die ihren Namen verdient: Der bestehende Rückstau ist innerhalb von zehn Jahren abzubauen, Gemeindebauten und -wohnungen sind alle 30 Jahre routinemäßig zu sanieren.

BUNDESAUFSICHT FÜR WIENER WOHNEN – DEN ROTEN SUMPf TROCKENLEGEN

Viele Wiener Gemeindebaummieter kennen es: Überforderte Mitarbeiter nehmen bei Wiener Wohnen Wünsche, Sorgen und Anregungen am Telefon entgegen, die dann irgendwo versumpfern, ohne dass etwas passiert.

Wären nicht so viele Wohnungen in desolatem Zustand, sondern würde Wiener Wohnen zügiger sanieren, würde man bei der Vergabe von Wohnungen mehr Sorgfalt walten lassen und mit einer zeitgemäßen Wien-Hausordnung die Regeln des Zusammenlebens durchsetzen, dann würden viele Probleme erst gar nicht entstehen. So aber verursachen der selbstverschuldete Sanierungsrückstau und die Zuwanderung derartig viele Probleme, dass die ohnehin schwachen Kapazitäten von Wiener Wohnen davon aufgesaugt werden. Die Wiener Gemeindebaummieter bleiben auf der Strecke.

Eine Bundesaufsicht für den sozialistischen Erhaltungsapparat Wiener Wohnen soll endlich funktionierende Strukturen schaffen und diesen roten Sumpf trockenlegen. In Zukunft müssen Kundenfreundlichkeit, Effizienz und Kontrolle bei Wiener Wohnen im Vordergrund stehen. Wiener Wohnen muss mit gut qualifizierten Mitarbeitern auf allen Ebenen für das Wohl seiner Mieter arbeiten. Beschwerden von Mietern muss binnen 72 Stunden nachgegangen werden.

EIGENTUM FÖRDERN DURCH DIE „WIEN-HAFTUNG“

Ein breites und leistbares Mietwohnungssegment mit dauerhafter Preisbindung ist wohnpolitisch von zentraler Bedeutung. Allerdings wird die Eigentumsbildung – ein wesentliches Lebensziel vieler Wiener – durch die SPÖ völlig ausgeblendet. Durchbrochen wird dieses Prinzip lediglich für SPÖ-Funktionäre, wie die Kleingartenskandale der jüngsten Zeit zeigen.

Die Wiener müssen Wohnungs-Eigentum künftig leichter erwerben können.

Ermöglicht werden soll das durch eine Haftung der Stadt Wien, indem die daraus resultierenden niedrigeren Kreditzinsen das Ziel Eigentum leichter erreichbar machen sollen. Die erforderliche Bonität vorausgesetzt.

Die „Wien-Haftung“ soll allen in Wien lebenden Österreichern für die erste selbstgenutzte Eigentumswohnung, die grundsätzlich den Standards des geförderten Wohnbaus entspricht, zustehen.

SCHNELLER UND GÜNSTIGER BAUEN STATT NORMENDICKICHT

Widmungen lassen auf sich warten, die Bauabwicklung wird verzögert, allzu starre Vorschriften verhindern sinnvolle Projekte und praktikable Planungen.

Wiens Bauvorschriften sind vom sinnvollen und nachvollziehbaren Regelwerk zum Normendickicht geworden. Unzählige Vorschriften verteuern oftmals die Baukosten – ohne aber die Wohnqualität der Menschen zu erhöhen.

Die Wohnbauförderung wird gleichzeitig immer mehr in den Dienst des „Klimaschutzes“ statt leistbaren und qualitativen Wohnens gestellt. Hier muss es zu einem Umdenken kommen. „Klimaschutz“ im geförderten Wohnbau muss der Realität abseits von Laborbedingungen standhalten und aus gesonderten Töpfen – und nicht auf Kosten der Mieter – finanziert werden.

Wien zeigt anhand der jüngsten Bauordnungs-Novelle, dass die Interessen von Menschen und „gewöhnlichen“ Unternehmen weitgehend außer Acht gelassen werden. Das muss sich ändern. Wien braucht kein Heumarkt-Projekt – Wien braucht nachhaltige Investitionen durch seriöse und unabhängige Bauträger.

TRANSPARENTE WOHNBAUFÖRDERUNG STATT ROTER SEILSCHAFTEN

Wien braucht die Bauträger mit den besten Projekten, nicht die mit den besten Drähten zur SPÖ. Wohnbauförderungsmittel werden in Wien hauptsächlich über Wettbewerbe vergeben. Analysen zeigen, dass für die Jury manche Unternehmen augenscheinlich „gleicher“ sind als andere.

Wir wollen echten Wettbewerb und wirkliche Chancengleichheit, um damit auch die besten Projekte und Wohnungen für die Wiener sicherzustellen. Bauträgerwettbewerbe dürfen auch nicht länger faktisch Verschlussakte sein. Schluss mit roten Seilschaften im geförderten Wohnbau, schließlich geht es um Unsummen unseres Steuergeldes.



ZUWANDERUNG

VOM ASYLANTEN-PARADIES
ZUR ABSCHIEBE-HAUPTSTADT

Bürgermeister Ludwig (SPÖ) hat Wien mit überbordenden Sozialleistungen für Asylanten zur Wunschdestination innerhalb Europas gemacht. Egal ob Abschiebebescheid oder nicht, in Wien bekommt jeder Asylant Mindestsicherung oder Grundversorgung und Taschengeld.

In Ländern des ehemaligen Ostblocks wie Ungarn (45 Asylanträge) oder der Slowakei (545 Anträge) gibt es keine Explosion der Gewalt, keine Parallelgesellschaften und keine Terrorwarnstufen – weil es aufgrund der fehlenden Sozialleistungen auch kaum Zuwanderung gibt. Statt sich aber an diesen Ländern zu orientieren und die Leistungen für Asylanten auf ein absolutes Mindestmaß zu senken, rufen die roten Genossen in Wien sogar nach „legalen Fluchtrouten“ und noch rascherer Einbürgerung, um damit nur noch mehr Asylanten in unsere Stadt zu locken.

Für Rot-Grün-Pink ist Wien die „Zuwanderungs-Hauptstadt“, für Türkis soll Wien zur „Integrations-Hauptstadt“ werden. Nur die Wiener FPÖ will, dass Wien bald weltweit als „Abschiebe-Hauptstadt“ bekannt ist.

Diese FPÖ-Kernforderungen werden Wien vom Asylanten-Paradies zur Abschiebe-Hauptstadt machen:

- » **Sofortiger Asylstopp und „Push-Backs“ an den Grenzen**
- » **Wien muss Abschiebe-Hauptstadt werden**
- » **Keine Integration kulturfremder Asylanten**
- » **Geltendes Recht streng anwenden, Verfahren beschleunigen**
- » **Befreiung aus dem Würgegriff der Asylnindustrie**
- » **Wiener All-Inclusive-System für Asylanten beenden**
- » **Kostenwahrheit in der Zuwanderungsfrage**

SOFORTIGER ASYLSTOPP UND „PUSH-BACKS“ AN DEN GRENZEN

In Wien nimmt die Kriminalität noch nie dagewesene Formen an, die Kosten für das Sozialsystem explodieren, das Schulsystem ist kollabiert, Spitäler und Ordinationen sind überfüllt. Wien ist auf allen Ebenen mit der von Rot, Grün, Pink und Türkis betriebenen illegalen Massenzuwanderung überfordert.

Natürlich war die Zuwanderung für unsere Stadt auch schon vor 2015 eine große Herausforderung. Bis dahin hat die Integration der mehrheitlich kultur-nahen Zuwanderer aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks und aus dem ehemaligen Jugoslawien, aber auch jene der eher westlich orientierten Türken, großteils funktioniert. Mit den Asyl-Chaosjahren 2015/16 sind die Dämme gebrochen und Wien bekommt die Situation mit immer mehr illegalen Zuwanderern aus uns gänzlich fremden Kulturen nicht mehr in den Griff.

Blicken wir in andere Großstädte Europas wie etwa Paris, Brüssel oder Malmö, die diesen Massenansturm aus Afrika und Asien schon viele Jahre zuvor durchgemacht haben, bekommen wir einen Vorgeschmack auf das, was uns in Wien noch bevorsteht, wenn wir nicht jetzt die Notbremse ziehen.

Daher muss es einen sofortigen Asylstopp geben. Es dürfen keine Asyl-anträge mehr von Personen außerhalb Europas angenommen werden. Kriminelle und illegale Asylanten sind endlich konsequent abzuschieben.

Unsere Grenzen sind zuverlässig zu schützen. „Push-Backs“ illegaler Asylanten müssen ermöglicht und konsequent angewendet werden.

WIEN MUSS ABSCHIEBE-HAUPTSTADT WERDEN

Um die Zahl der Asylanten und der damit verbundenen Probleme in Wien schnellstmöglich zu reduzieren, hat eine rigorose Aufarbeitung der Zuwanderung seit den Asyl-Chaosjahren 2015/16 stattzufinden. Wien muss sich weltweit schnellstens einen Ruf als Abschiebe-Hauptstatt statt als Sozialparadies erarbeiten.

Dazu sind straffällige Ausländer und illegale Asylanten in Ausreisezentren festzuhalten und schnellstmöglich auf die günstigste Art und Weise abzuschicken. Bei einem Urlaub im Heimatland darf es keine Wiedereinreise nach Österreich geben.

Der Familiennachzug nach Österreich muss gestoppt werden, Familienzusammenführungen müssen im Heimatland stattfinden.

Asyl ist ein Recht auf Zeit. Deshalb sind keine Integrationsmaßnahmen für Asylanten zu setzen. Kinder sind in ihrer Muttersprache und in Englisch zu unterrichten und Erwachsene haben in Berufen geschult zu werden, die in ihren Heimatländern benötigt werden, um sie bestmöglich auf eine rasche und erfolgreiche Rückkehr vorzubereiten.

Offene Asylverfahren haben beschleunigt und rasch abgeschlossen zu werden. Negative Bescheide müssen ausnahmslos die rasche Abschiebung zur Folge haben.

Halbjährlich hat mit einem „Abschiebe-Check“ objektiv geprüft zu werden, ob der Fluchtgrund im Heimatland der Betroffenen überhaupt noch besteht.

KEINE INTEGRATION KULTURFREMDER ASYLANTEN

Unter der seit den Asyl-Chaosjahren 2015/16 stattfindenden Massenzuwanderung von Asylanten aus völlig inkompatiblen Kulturen leiden auch viele der seit Jahrzehnten in Wien bereits gut integrierten Zuwanderer aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks und Jugoslawiens aber oft auch aus der Türkei.

Viele der vor den Asyl-Chaosjahren 2015/16 eingewanderten Menschen arbeiten, zahlen Steuern und sind gut integriert. Doch lässt die Integration in der 2. oder 3. Generation oftmals nach und die Jugendlichen verlieren sich in Parallelgesellschaften und neigen zu mehr Kriminalität.

Deutsch zu können ist eine notwendige Basis, reicht aber als alleiniges Kriterium für Integration nicht aus. Besonders junge Menschen aus Zuwandererfamilien, die sich bereits als Österreicher fühlen, brauchen Ausbildung, Arbeit und eine Perspektive.

Wien mangelt es jedoch an den erforderlichen Ressourcen, da die Stadt seit den Asyl-Chaosjahren hauptsächlich damit beschäftigt ist, die stetig wachsende Zahl neuankommender illegaler Asylanten aus meist völlig fremden Kulturen zwanghaft integrieren zu wollen, obwohl diese Österreich ohnehin schnellstmöglich wieder verlassen müssten.

GELTENDES RECHT STRENG ANWENDEN, VERFAHREN BESCHLEUNIGEN

Die Wiener FPÖ bekennt sich dazu, Personen, die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen verfolgt werden, Asyl zu gewähren, sofern keine innerstaatliche Fluchtalternative besteht, sie nicht über ein sicheres Drittland ins Gebiet der Europäischen Union einreisen und nicht andere EU-Länder durchqueren, bevor sie in Österreich einen Asylantrag stellen.

Schon allein aus den geltenden Abkommen haben die allerwenigsten „Flüchtlinge“ überhaupt ein Anrecht darauf, ihren Asylantrag in Österreich zu stellen. Berücksichtigt man, dass nur ein sehr geringer Anteil der Asylanträge positiv beschieden wird, zeigt das die Notwendigkeit der generellen Nichtannahme neuer Asylanträge und konsequenter Abschiebungen.

Das in Österreich geltende Asylrecht hat streng und konsequent umgesetzt und Verfahren haben beschleunigt zu werden. Dazu sind ewige Instanzenzüge und Verfahrensverschleppungen durch NGOs zu verhindern.

In Asylverfahren muss Mitwirkungspflicht bestehen. Falsche Angaben zu Identität, Herkunft, Alter und Fluchtgrund oder eine Verweigerung einer Altersfeststellung müssen einen negativen Asylbescheid nach sich ziehen. Die Aufnahme biometrischer Daten soll helfen, Missbrauch zu verhindern.

Asyl ist Schutz auf Zeit. Um keine falschen Anreize zu setzen, darf aus einem Asyltitel keine Einbürgerung mehr möglich sein.

Subsidiärer Schutz und humanitäres Bleiberecht sind ersatzlos abzuschaffen; illegaler Grenzübertritt muss ein Straftatbestand werden.

BEFREIUNG AUS DEM WÜRGEGRIFF DER ASYLINDUSTRIE

Besonders die illegale Migration ist in Westeuropa ein großes Problem. Den Asylanten, die sich unter völlig falschen Vorstellungen ihr Leben verbessern wollen, allein die Schuld zu geben, ist aber zu kurz gegriffen.

Hauptverantwortlich sind eine Politik, ein Rechtssystem und NGOs, die nur allzu oft eine konsequente Umsetzung geltender Gesetze und Bestimmungen auf allen Ebenen verhindern und untergraben und damit den „Glücksrittern“ aus fernen Ländern völlig falsche Signale senden, Hoffnungen wecken und sie damit letztendlich Schleppern in die Hände treiben.

Die gesamte Asylproblematik ist für Juristen, private Vereine und NGOs oftmals auch ein lukratives Geschäftsmodell geworden. Daher darf es keine öffentlichen Gelder mehr für Rechts- und Flüchtlingsberatungen durch NGOs geben. Für Beihilfe zum Asylbetrug muss der Strafrahmen drastisch erhöht werden.

Die Förderung von undurchsichtigen „Multikulti-Vereinen“ ist einzustellen. Integrationsarbeit darf nicht mehr über oftmals politisch motivierte Organisationen gefördert werden, sondern muss direkt über den Magistrat und unter Kontrolle der Opposition vergeben und abgerechnet werden.

WIENER ALL-INCLUSIVE-SYSTEM FÜR ASYLANTEN BEENDEN

Wien ist für illegale Asylanten ein Sozialleistungsparadies und damit attraktives Ziel ihrer Wanderung. Haben in Oberösterreich 2022 insgesamt nur 5.000 Personen Mindestsicherung bezogen, so waren es in Wien allein 73.000 Nicht-Staatsbürger. Fast 100.000 der Bezieher in Wien haben Migrationshintergrund und damit teilweise mehr Einkommen als Menschen, die hart arbeiten gehen.

Noch weniger nachvollziehbar ist es, warum Asylanten trotz Grundversorgung in Wien „Taschengeld“ bekommen. Das alles ist Geld, das Österreichern in Not fehlt.

Um Wien als „Fluchtziel“ möglichst unattraktiv zu machen, sind die Mindestsicherung und sonstige daran gekoppelte Sozialleistungen ausschließlich an Österreicher zu vergeben. Für Personen in Grundversorgung hat das Prinzip „Sachleistungen statt Bargeld“ zu gelten.

Die Vergabe von Wohnungen im Einflussbereich von Wiener Wohnen darf nur an österreichische Staatsbürger erfolgen. Auch die Peniger der kleinen Leonie und der Terrorist vom 2.11.2020 lebten im Wiener Gemeindebau.

Warnungen von linken Asylfanatikern vor möglichen sozialen Unruhen, sollten Ausländern Sozialleistungen gestrichen werden, grenzen schon an Schutzgeldforderungen und müssen entschieden zurückgewiesen werden.

KOSTENWAHRHEIT IN DER ZUWANDERUNGSFRAGE

Zuwanderung wird uns oft als großer Gewinn für unsere Gesellschaft und als notwendig für unser Sozialsystem verkauft. Meist aber werden den Kosten der Zuwanderung nur die direkten Kosten der Grundversorgung und vielleicht noch der direkten Sozialleistungen zugerechnet. Was aber die Kosten für Zusatzpersonal in Behörden, bei der Exekutive, an Schulen und in der Gesundheitsversorgung betrifft, wird die Information schon dünner.

Was es unsere Gesellschaft aber beispielsweise kostet, dass das Niveau an unseren Schulen derart gesunken ist, dass unsere Jugend nicht mehr zu Facharbeitern ausgebildet werden kann, die aber der Wirtschaft fehlen, wird nicht erhoben. Auch darüber, was uns unzählige zusätzliche Verfahren in Justiz und Verwaltung kosten, oder was den Österreichern die steigenden Mieten durch immer weniger Wohnraum für immer mehr Menschen zusätzlich kosten, breitet sich der Mantel des Schweigens. Und was die vielen Zugewanderten erst kosten werden, wenn sie pensionsberechtigt oder pflegebedürftig sind, steht in den Sternen.

Um eine realistische Abschätzung der Folgekosten und der Entwicklung der Kriminalität durch Migration vornehmen zu können, ist eine Neudefinition des „Migrationshintergrundes“ nötig. Damit soll auch die Bilanz der 2. und 3. Generation berücksichtigt werden können, zeigen doch Studien, dass die Integration der Nachfolgegenerationen mancher Zuwanderergruppen oft sogar nachlässt.

*„Die Freiheit ist nicht die Willkür,
beliebig zu handeln,
sondern die Fähigkeit,
vernünftig zu handeln.“*

Rudolf Virchow





LEITFADEN



DER WIENER FREIHEITLICHEN